

Berliner Hefte für Politik
und Kultur

DAS Argument

Das neue Polen und die Deutschen

Aus dem Inhalt:

PROF. DR. F. J. J. BUYTENDIJK:

Wir haben Angst . . .

MARGHERITA VON BRENTANO:

Das neue Polen und die Deutschen

PROF. HANS J. MORGENTHAU:

Berlin, die Oder-Neiße-Grenze und der Westen

JULIUSZ MIEROSZEWSKI:

Kehrt Deutschland in den Osten zurück?

*

Aus dem Tagebuch
eines polnisch-jüdischen Jungen

19

Heft 19 Juli/August 1961

Das Argument geht davon aus,
daß es die gemeinsame Aufgabe der Intellektuellen ist,
die Wahrheit zu suchen und auszusprechen
daß die Resignation zum geistigen Spezialarbeiter
einen Verrat an dieser Aufgabe bedeutet

Das Argument hält es für notwendig,
angesichts der Bedenklichkeit
des Aussprechens der Wahrheit
die Wahrheit zu bedenken und auszusprechen
angesichts der Schwierigkeiten
beim Schreiben der Wahrheit
diese Schwierigkeiten durch Schreiben der Wahrheit zu
bekämpfen
angesichts des Scheiterns der Aufklärung
die Gründe dieses Scheiterns aufzuklären
angesichts der Erfahrung,
daß das Wirkliche nicht schon das Wahre ist,
die Wirklichkeit wahrzunehmen
angesichts der Erfahrung,
daß Erkenntnisse nicht schon Argumente sind,
Erkenntnisse zu Argumenten zu machen

Das Argument will einen Ort bieten,
wo die Kontakte hergestellt, die Informationen vermittelt
die Analysen durchgeführt
die Argumente geprüft werden können,
um die genannten Aufgaben hier und jetzt zu konkreti-
sieren

DAS ARGUMENT erscheint etwa dreimonatlich · Einzelheft 2,— DM,
zuzügl. Porto (Studenten und Schüler 1,— DM) · DAS ARGUMENT ist
kein gewerbliches Unternehmen, Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne
Honorar; jeder Mitarbeiter bzw. Abonnent hat das Recht auf Einblick
in die Rechnungslegung · Redaktion: Wolfgang F. Haug, Berlin W 35,
Postfach 67 · Verlagsleitung: Dr. Christof Müller-Wirth, Karlsruhe,
Weinbrennerstraße 81, Telefon 5 59 55 · Postscheckkonto: 57 45 Berlin W
(W. F. Haug, Sonderkonto, Berlin W 35) · Bankkonto: Deutsche Bank,
Filiale Karlsruhe, Konto „Das Argument“ Nr. 28769.

Das Argument

herausgegeben von

Wolfgang F. Haug und Christof Müller-Wirth

in Verbindung mit

Norbert Adrian

Günther Anders

Margherita von Brentano

Adolf Burg

Uwe Damm

Axel Eggebrecht

Prof. Ossip K. Flechtheim

Peter Furth

Prof. Dietrich Goldschmidt

Prof. Helmut Gollwitzer

Propst Heinrich Grüber

Wolfgang Hofmann

Prof. Michael Landmann

Reimar Lenz

Thomas Metscher

Dieter Rave

Irene von Reitzenstein

Wolfgang P. Schaar

Wolfdietrich Schnurre

Gerhard Schoenberner

Prof. Heinz Horst Schrey

Prof. Rudolf Sühnel

Rolf Ulrich

Prof. Wilhelm Weischedel

Hartmut Zimmermann

Zu der neuen Aufmachung

Mit dem vorliegenden Heft präsentiert sich DAS ARGUMENT in verbesserter Aufmachung. Dies ist dadurch möglich geworden, daß Christof Müller-Wirth, ein junger gelernter Verleger, Doktor der Volkswirtschaft, die verlegerische Leitung des ARGUMENT übernommen hat. Wir begrüßen ihn herzlich als neuen Mitarbeiter in unserem Team und freuen uns besonders, daß in Zukunft dank seines Eingreifens die Lesbarkeit und die Verbreitung unserer Argumente erheblich besser sein werden.

Nun werden manche Leser befürchten, daß das seriöse Äußere das Anzeichen einer Kommerzialisierung unseres Unternehmens ist. Diese Befürchtung ist unbegründet. Unser Unternehmen bleibt ein politisches, das seinen Zweck außerhalb seiner selbst hat und wofür DAS ARGUMENT nichts ist als ein Mittel unter anderen. DAS ARGUMENT will weiterhin keine Ware sein, sondern eine Waffe.

Wolfgang F. Haug

Inhalt

<i>Prof. F. J. J. Buytendijk</i>	
Wir haben Angst	3
Über Globke, Himmler und andere Widerstands- kämpfer	5
Das neue Polen und die Deutschen	
<i>Margherita von Brentano</i>	
Einleitung	7
Polens Verluste im Zweiten Weltkrieg	11
<i>Wolfgang F. Haug</i>	
Judenhetze und Vertriebenenpolitik	12
<i>Prof. Hans J. Morgenthau</i>	
Berlin, die Oder-Neiße-Grenze und der Westen	13
<i>Jens Daniel</i>	
Das permanente Unrecht	18
<i>Joachim Kreysler — Dieter Rave</i>	
Vertriebenenpolitik in der Bundesrepublik	20
<i>B. Brockhoff</i>	
Unser und der andern Recht	27
<i>Uwe Damm</i>	
Die Entwicklung der Bevölkerung in den West- und Nordgebieten der Volksrepublik Polen	29
<i>Michael Mauke</i>	
Das heiße Eisen des Herrn Lemmer	34
<i>Prof. Percy E. Schramm</i>	
Für Verhandlungen mit Polen	36
<i>Juliusz Mieroszewski</i>	
Keht Deutschland in den Osten zurück	38
<i>Marian Podkowinski</i>	
Mit den Augen eines polnischen Korrespondenten	44
<i>Ludwig Zimmerer</i>	
Die geistigen Strömungen in Polen — mit den Augen eines deutschen Korrespondenten	47
<i>Stefan Kisielewski</i>	
Plus und Minus für den Westen	56
<i>T. Myslik — M. Skwarnicki</i>	
Die neue katholische Intelligenz in Polen	60
Fünf neue polnische Gedichte	62
Aus dem Tagebuch eines polnisch-jüdischen Jungen	64
Deutsch-polnische Bibliographie	69
<i>Anhang</i>	
Erklärung gegen Atomrüstung	74
Redaktionelle Anmerkungen	77
Anzeigen	78

Brief aus Amsterdam:

Prof. Dr. F. J. J. Buytendijk

Wir haben Angst ...

*„Mag die Wissenschaft
kein Vaterland haben,
der Wissenschaftler
hat es umso mehr.“*

Louis Pasteur

Wir holländischen Demokraten und Antifaschisten haben Angst. „Angst ist ein schlechter Ratgeber“, sagt man, aber die Angst, die große Teile unseres Volkes erfüllt, ist das nicht. Denn wir fürchten einen neuen Krieg nach allem, was der vorige uns angetan hat, nur wissen wir jetzt, genau wie damals, was wir zu tun haben. Eben weil wir wissen, wer uns die Angst einjagt und wen wir zu fürchten haben. Wir haben Angst vor den alten militärischen Kräften in Deutschland, die 1940 unser Land heimsuchten und die 1945 zwar kapituliert haben, aber offenbar nach vielem, was seitdem geschah, nicht definitiv erledigt sind.

Wir haben z. B. Angst vor dem, was sich um Figuren wie Oberländer und Globke abgespielt hat. Gewiß, auch wir haben mit einem Gefühl großer Erleichterung Theodor Oberländers Abschied von seinem Bonner Ministersessel begrüßt, aber welche Gegenkräfte versuchten ihn bis zuletzt zu halten! Dr. Hans Globke kennen wir als den Mann der Nürnberger Rassengesetze. Wir kennen ihn als die rechte Hand des Bundeskanzlers. Immer wieder setzen sich starke Mächte auch gegen seine Entfernung aus der von ihm eingenommenen Bonner Spitzenposition zur Wehr. Und sollte auch er schließlich gehen müssen, haben wir Angst, daß mit ihm und Oberländer nicht alle alten Nazis aus den Regierungskreisen unseres NATO-Bundesgenossen verschwunden sind. Und das im Zeitalter der Atom-bombe ...

Vor allem haben wir Angst vor den Fanatikern unter den alten Nazigenerälen. Wir haben von ihrem Memorandum gelesen, das Atomwaffen fordert, obwohl die Pariser Über-

einkunft von 1954 die Erklärung des Bundeskanzlers enthält, daß die Bundesrepublik auf ihrem Grundgebiet keine Atomwaffen herstellen wird. Wir haben auch gelesen, daß Adenauer und der Verteidigungsminister Strauß das Generalmemorandum zum Bestandteil der offiziellen Regierungspolitik der Bundesrepublik erklärt haben. Wundert man sich dann, wenn das holländische Volk von Angst erfüllt ist vor dem, was an seiner Ostgrenze geschieht?

Auch andere Namen spielen im Bewußtsein nicht der Unbedeutendsten bei uns eine Rolle. Da ist der Name von Herm. J. Abs, den wir hier als den Mann vieler Kriegskommissariate in holländischen Unternehmungen während der Besatzungszeit kennen; als wichtigsten Mann für Hitlers finanzielle und wirtschaftliche Kriegsführung, als den ihn die amerikanische Besatzungsmacht 1945 bezeichnete. Wir kennen die Aktivität einer Anzahl seiner Fassade-Unternehmen in Holland als direkter Spionage-Betriebe für die Kriegsführung des 3. Reiches. Und wir sehen mit großer Unruhe den führenden Einfluß auch dieses Mannes in Bonn. Noch ein anderer Name geistert in letzter Zeit durch die holländische Presse: Prof. Dr. Wilh. Groth in Bonn. Er war kein Nazi, als er vor und während des Krieges seine Zentrifugenuntersuchung an der hamburgischen Universität durchführte, um angereichertes Uran zu erzielen. Aber viele Holländer wissen, daß er der Mann war, der mit seinem Kollegen Harteck bereits 1939 seinen „Führer“ auf die Möglichkeit aufmerksam machte, eine Uran-Bombe herzustellen. In der Tat: die Bombe fiel nicht aus deutschen Flugzeugen, weil der „Führer“ sie 1945 noch nicht besaß. Aber Prof. Groth arbeitet auch jetzt an seiner Zentrifuge. Und es schwirrt von unheimlichen Gerüchten über die Bombe, die auf diese Weise nun in Deutschlands Machtbereich läge. Fordern dann nicht die alten Nazigeneräle Atomwaffen?

Das alles und noch viel mehr erfüllt uns mit Angst vor der Entwicklung in Deutschland. Sie würde nur abnehmen, wenn man uns davon überzeugen könnte, daß die Leute, auf die diese Angst sich richtet, definitiv unschädlich gemacht werden. Ihre Entfernung, diese Garantie erwarten wir von Deutschland. Wir kennen unsere eigene Verantwortung; denn unser Land ist in einer militärischen Organisation mit Deutschland verbunden und unser Heer steht unter dem Befehl eines der Generale, die unserem Volk Angst einjagen, Dr. Hans Speidel. Aber wir wissen, daß in Deutschland Kräfte vorhanden sein müssen, die ihrer Macht ein Ende machen. Das erwarten wir von den deutschen Demokraten. Sie können unseres Dankes, unserer Sympathie und der Hilfe der Holländer dabei gewiß sein.

Über Globke, Himmler und andere Widerstandskämpfer

Ein Schweizer Richter hat ungestraft den Herrn Kurt Ziesel einen Pathologen genannt, eine Berufsbezeichnung, gegen die sich jeder recht denkende Mensch wehren muß, ist doch der Herr Ziesel genau das Gegenteil. Andere Staatsfeinde und Aufrührer haben den Herrn Theodor Oberländer als einen ehemaligen Nazi bezeichnet und von seinem Ministersessel gestoßen, auf dem er sich für das Vaterland aufrieb. Auch dagegen muß sich jeder edelgesinnte Mensch verwahren, der den Lebenslauf dieses feinsinnigen Ostprofessors der guten Königsberger Schule kennt, hat doch der Herr Oberländer ständig gegen seine oberste Führung in den braunen Jahren gekämpft, und zwar an der Front wie in der Heimat in wichtigen Positionen, und so wird uns allen deutlich, warum das nichts werden konnte in Rußland und anderswo. Dieser tapfere Mann hat immer vom Lebensraum gesprochen, aber heimlich alles daran gesetzt, damit dem deutschen Volk derselbe vorenthalten wird.

Die Linksintellektuellen, die das wieder nicht glauben werden, sollten nicht soviel entartete Kunst betrachten und nicht immer den Herrn Strauß aufstacheln, sondern endlich mal ein anständiges Buch lesen wie zum Beispiel „Der Rote Rufmord“ von Herrn Ziesel. Damit ein solches Werk in der verseuchten Bundesrepublik erscheinen kann, hat sich der Herr Oberländer von seiner kargen Ministerpension und seinen schmalen Abgeordnetendiäten sicher manchen Pfennig vom Munde absparen müssen, der Gute! Aber kein Opfer kann zu hoch sein, weil jetzt in schöner Klarheit zu studieren ist, wie weit wir in der Bundesrepublik gekommen sind. Nur der Titel dieses Buches wird einen aufrechten deutschen Menschen verwirren, weil doch der Herr Ziesel nachweist, daß der Herr Oberländer vor allen Dingen von ehemaligen Nazis und Gestapospitzeln bekämpft wird, und das ist ganz logisch, wissen diese Subjekte doch auch genau, daß der Herr Oberländer sich 1942/43 immer vor jeden Juden und Russen gestellt hat, bevor diese dann später erschossen wurden. Auch den

Heinrich Himmler werden wir zum deutschen Widerstand rechnen müssen, weil unser Reichsführer damals das Todesurteil an Herrn Oberländer nicht vollstrecken ließ. Außerdem hat der Himmler von seinen SS-Männern immer die Artikel von Oberländer umschreiben lassen, weil er wußte, daß dieser Mann für die Demokratie aufgespart werden mußte. Und der Himmler war auch so zartfühlend, daß er dem Oberländer keine Belegexemplare schicken ließ von diesen Artikeln, und so kam es dann, daß dem Herrn Professor erst 1945 die wundersamen Wege des Schicksals so recht deutlich vor Augen traten.

So hat man sich in Deutschlands schwerer Zeit getarnt und gegenseitig geholfen unter großer Lebensgefahr, und nun muß man heute erleben, daß die demokratische Lizenzpresse wieder fest in der Hand der Reichsschrifttumskammer ist, die ihren braunen Geist durch Angriffe auf die Widerstandskämpfer Globke und Oberländer zu verschleiern sucht. Diese Menschen, an deren Fingern Tinte klebt, sollten sich ein Beispiel an Herrn Oberländer nehmen, der damals die erschossenen Russen einfach nicht gesehen hat, um dem Hitler eins auszuwischen. Während seine Gegner ruhig in ihren Redaktionsstuben saßen und ihre Durchhalteartikel schrieben, war der Professor immer sehr erregt, wie der Herr Ziesel schreibt, und der Herr Konteradmiral Sorge hat auch bestätigt, daß der Herr Oberländer seine Empörung nur mühsam beherrschen konnte. Aber er hat sie dann doch unter Gewalt bekommen, weil er ja nicht gesehen haben wollte, was ihn empörte.

Der Herr Ziesel ist heute auch sehr empört, haben doch die Nationalsozialisten damals schonungslos seinen Idealismus verbraucht, und heute muß er nun von morgens bis abends in den Nazizeitungen lesen, um Oberländers Gegnern auf die Spur zu kommen. Das ist ein schweres Brot, aber in diesen halbbraunen Zeiten müssen die Widerstandskämpfer eben zusammenhalten, obwohl es nur ein Gerücht ist, daß Herr Oberländer und Herr Ziesel Mitglieder der VVN wären. Auf solche Gedanken kann man aber leicht kommen, wenn Herr Ziesel schreibt, daß Moskau den Herrn Oberländer „gewissermaßen freigestellt habe, um den Kampf gegen die Linke in Deutschland wirkungsvoller führen zu können“. Das ist ein harter Schlag. Sollte nun Moskau auch noch den Herrn Globke freistellen, dann sehen wir wirklich schwarz für die Sozialdemokraten. Und so müssen wir denn hoffen, daß der Chruschtschow sich die Sache noch einmal überlegt und den Herrn Oberländer wieder zum Vertriebenenminister macht, wenn er noch ein Gefühl für Dankbarkeit hat.

(„Vorwärts“, 12—VII—61)

Das neue Polen und die Deutschen

Margherita von Brentano

Einleitung

Wer im neuen Polen über die Bundesrepublik oder mit Deutschen aus der Bundesrepublik spricht, der denkt an die Oder-Neiße-Grenze. Er spricht nicht immer davon — aber er denkt zuerst und zuletzt an die Grenze.

Wer in der Bundesrepublik über Polen spricht, der denkt an die Oder-Neiße-Grenze. Doch von der Grenze sprechen nur diejenigen, die sie, und damit das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, und damit all das, was zu diesem Ergebnis geführt hat, nicht wahrhaben wollen. Die Anderen, die es besser wissen, schweigen.

Sprechen wir also, bevor — in diesem Heft — von Polen und der Bundesrepublik die Rede ist, von der Grenze. Sprechen wir es aus:

Wir erkennen diese Grenze an und wir halten dafür, daß die Bundesrepublik diese Grenze anerkennen sollte.

Wir erkennen diese Grenze an angesichts einer tausendjährigen Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen und deutsch-polnischer Konflikte, deutscher Leistungen und deutscher Gewalttaten, polnischen Lebens und polnischen Leidens, erworbener deutscher Rechte und verspielter deutscher Rechte in jenen Gebieten, die heute jenseits der deutsch-polnischen Grenze liegen. Wir erkennen sie an, weil wir wissen, daß jene Geschichte nicht 1937 und nicht 1939 endete, sondern daß Hitlers Ausrottungskrieg gegen Polen und das Ergebnis dieses Krieges zu jener Geschichte gehört und ihr Ende war. Nicht die Grenzen von 1937 oder gar 1939, sondern die Grenze von 1945 und 1961 ist das faktische und gerechte Ergebnis der Geschichte.

Wir erkennen sie an, weil nicht Adenauer, Erhard und Seeböhm, die von Unrechtsakten, Rückkehr und Wiedergutmachung (an uns!) sprechen, das geschichtliche Recht und die Zustimmung der Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite haben, sondern Gomulka und Kardinal Wyszyński, wenn sie aussprechen, daß „das deutsche Recht auf diese Gebiete in einem Meer von Blut des polnischen Volkes ertränkt, zusammen mit den Millionen Opfern in den Verbrennungsöfen der Vernichtungslager verbrannt, unter den Ruinen Warschaus, Polens und anderer Länder Europas begraben wurde“.

Wir erkennen diese Grenze an, weil wir Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht achten, auch dann, wenn es das der Anderen ist. Heimat ist nicht der bloße Boden, sondern was darauf und daraus geschaffen wurde. Nicht nur in Rußland und Zentralpolen, auch in Schlesien hinterließen die deutschen Armeen beim Rückzug verbrannte Erde. Was heute jenseits der Oder und Neiße steht, ist von Polen wiedererbaut oder neubaut. Nicht die Verbandspropagandisten der längst im Westen heimisch gewordenen und in ihrer Mehrheit nicht rückkehrwilligen Flüchtlinge, sondern siebeneinhalb Millionen Polen, die seit 16 Jahren in jenen Gebieten lebenden oder dort geborenen Polen können das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung für sich in Anspruch nehmen.

Wir halten es für unausweichlich, daß die Bundesrepublik diese Grenze anerkennt. Schweigen war möglich — es ist nicht mehr möglich, seitdem Mitglieder der Bundesregierung Forderungen ausgesprochen haben, die direkt oder indirekt eine Revision der polnischen Westgrenze einschließen.

Denn was bedeuten solche Forderungen im Rahmen der westdeutschen Politik?

Die Bundesrepublik versteht und deklariert ihre Politik als Element der NATO-Politik, einer solchen also, die den status quo zur Grundlage und somit ausschließlich defensiven Charakter hat. Für die NATO ist die Frage der ehemals deutschen, heute polnischen Gebiete eine Frage der Grenze zwischen zwei Ostblockstaaten, eine Frage also, die sie nicht betrifft. Für Regierungen und öffentliche Meinung in den NATO-Ländern gilt, was der konservative Unterhaus-Abgeordnete Kirk für England sagte: Die überwältigende Majorität des britischen Volkes sieht die Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen als endgültig an, und unser Land wird keinen Finger rühren, um sie ändern zu helfen". Wenn also westdeutsche, sonst NATO-loyale Politiker Ansprüche auf Gebiete im Innern des Ostblocks erheben, dies als deutsches Recht bezeichnen und dem Volk die Erfüllung solcher Ansprüche in Aussicht stellen, so gibt es nur zwei Interpretationen:

entweder sie belügen das Volk, erwecken Hoffnungen, deren Erfüllung ihrer eigenen Politik widerspricht; oder sie decouvrieren die innere Schizophrenie der NATO, den Zwiespalt zwischen der defensiven Zielsetzung der übrigen Mitgliedstaaten und einer offensiven Zielsetzung des Mitgliedes Bundesrepublik.

Wollen wir nicht annehmen, daß westdeutsche Politiker wissentlich das Volk belügen, so bleibt die zweite Interpretation. Was besagt sie? Was kann der offene Hinweis auf deutsche Gebietsforderungen weit im Ostblock im Munde bundesdeutscher Regierungsmitglieder bedeuten? Will man unsere Bundesgenossen warnen, sie rechtzeitig auf die Gefahr, die dem Bündnis durch die von der gemeinsamen Zielsetzung abweichenden aggressiven Tendenzen hierzulande droht, aufmerksam machen? Will man die NATO veranlassen, schleunigst das politische und militärische Gewicht eines so gefährlichen Partners zu reduzieren? Zeigt man sich selbst als vom Bazillus Revanchismus befallen, um das Ausmaß der Seuche sichtbar zu machen? Wohl kaum. Selbst dem großen Taktiker Konrad Adenauer, dessen berechtigtes Mißtrauen gegenüber deutschen Menschen und Politikern und dessen Loyalität gegenüber der NATO bekannt ist, ist ein solcher Grad von taktischer Selbstverleugnung nicht zuzutrauen.

So bleibt nur die nüchterne Deutung: daß jene deutschen Politiker, die laut unsere Ansprüche auf Gebiete jenseits der Grenze zwischen Polen und der DDR verkünden und den Vertriebenen gar versichern, eben DURCH unsere NATO-treue Politik werde ihnen ihr schönes Heimatland

wiedergegeben (so Adenauer zu den Ostpreußenverbänden), — daß jene Politiker darauf bauen, unser Gewicht in der NATO werde über kurz oder lang unsere Zielsetzung zur Zielsetzung der NATO machen; die NATO also werde sich über kurz oder lang nicht mehr damit begnügen, den status quo von 1961 defensiv zu behaupten, sondern sich anschicken, den Status von 1939 oder 1937 offensiv wiederzugewinnen.

Diese Rechnung klingt absurd und gefährlich — aber sie ist nur konsequent, wenn man davon ausgeht, daß weder die erklärte NATO-Treue noch die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze ein bloßer flatus voci, eine bloße leere Lüge sei. Der Zusatz „friedliche Revision“ ändert nichts daran, er liest sich wie „hölzernes Eisen“.

Nochmals: die Bundesregierung hätte schweigen können. Aber da sie nicht geschwiegen hat, sondern zuließ, daß Prominente unter ihren Mitgliedern in den Chor der Revanchisten einstimmten, ist die Alternative spruchreif geworden: die gegenwärtige Politik der Bundesrepublik schließt die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ein — oder sie ist nicht, was sie zu sein vorgibt, defensiv.

Was schon für die Politik des status quo gilt, gilt erst recht für jede mögliche und erstrebenswerte westdeutsche Politik, die aus der derzeitigen Erstarrung herauszufinden unternähme. Daß eine befriedigende Lösung der Berlin-Krise durch Anerkennung der Oder-Neiße-Linie vonseiten der Bundesrepublik erleichtert werden könnte —, diese These wurde auf der NATO-Tagung in Bologna von amerikanischer Seite mit gewichtigen Argumenten vertreten. Daß eine Anerkennung des neuen Polen mitsamt seinen derzeitigen Grenzen vonseiten der Bundesrepublik ein wesentlicher Beitrag wäre, um die Entwicklung auf relative Bewegungsfreiheit, eigenes Klima, größerer Selbständigkeit in diesem Lande, und, mittels seiner Modellfunktion, in den Ostblockländern überhaupt zu stärken, ist kaum zu bezweifeln. Daß schließlich die deutsche Wiedervereinigung, wenn überhaupt, nur auf dem langen und mühsamen Wege einer neuen, illusionslosen, die jetzigen Spannungen und die berechtigten Ängste der östlichen Nachbarn Deutschlands abbauenden mitteleuropäischen Politik zu erreichen wäre, und daß der erste und wichtigste Schritt auf einem solchen Wege die glaubhafte und garantierte Anerkennung der bestehenden deutsch-polnischen Grenze durch beide Teile eines wiederzuvereinigenden Deutschland wäre — das ist nicht nur offenkundig, sondern es gibt kaum einen prominenten Politiker des Westens, der dies nicht mehr oder weniger deutlich ausgesprochen hätte.

Es ist an der Zeit, diesen Schritt zu tun.

Polens Verluste im 2. Weltkrieg

Polens Verluste an Menschenleben sind, prozentual zum Bevölkerungsstand vom 1. September 1939, weitaus die höchsten unter allen vom Kriege betroffenen Staaten. Fast ein Viertel der Bevölkerung, 22,2 Prozent, wurde Opfer des Krieges und der planmäßigen Ausrottung, das sind in absoluten Zahlen über 6 Millionen Menschen. Zum Vergleich seien die Zahlen für die Staaten mit den nächsthohen Verlusten genannt: Jugoslawien verlor 10,8, Griechenland 5 und die Sowjetunion 4 Prozent der Bevölkerung. Allein in Warschau sind mehr Menschen umgekommen, als die USA im Kriege verloren haben.

Nur ein Zehntel dieser 6 Millionen starben durch direkte „Kriegshandlungen“. Die übrigen 5 384 000 waren Opfer der gezielten Vernichtungsmaßnahmen in Konzentrationslagern, Gettos, Gefängnissen, bei Exekutionen, Zwangsumsiedlungen etc. innerhalb des Landes. (Die Verluste unter den ca. 2,5 Millionen nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.)

Über die planmäßige Vernichtung der Intelligenz mögen einige Zahlen Aufschluß geben:

700 Hochschullehrer (Polen hatte 1939 27 Hochschulen mit 1 064 Hochschullehrern), 884 Oberschullehrer, fast 4 000 Volksschullehrer, 2 647 Geistliche und Ordensleute, 7 500 Ärzte und Zahnärzte, 577 Künstler und Schriftsteller wurden ermordet.

Die materiellen Verluste übertreffen nach vorsichtigen polnischen Berechnungen den Wert von 50 Milliarden US-Dollar.

Hans-Jürgen Heise Dich

*Dich haben sie erschossen,
mich vertrieben.
Und nun verteidigen sie
mit Gewehren
dein Grab
gegen meine Blumen.*

Judenhetze und Vertriebenenpolitik

Eine Vorbemerkung zu dem Artikel
von Hans J. Morgenthau

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Prof. Dr. Hans J. Morgenthau ist nicht identisch mit dem Autor des sogenannten „Morgenthau-Plans“. Er ist Direktor des „CENTER FOR THE STUDY OF AMERICAN FOREIGN AND MILITARY POLICY“ an der Universität Chikago. Die nachfolgenden Ausführungen, die er uns freundlicherweise zur Verfügung stellte, sind Auszüge aus dem einleitenden Referat, das Prof. Morgenthau im April dieses Jahres auf einer Nato-Tagung in Bologna hielt. Sie dürften den Anspruch erheben, die Grundzüge der westlichen Deutschlandpolitik wiederzugeben. Sie zeigen die zunehmende Isolierung der Bundesregierung in Fragen der Oder-Neiße-Grenze und der Beziehungen zu Polen, die es möglicherweise bald soweit gebracht haben wird, wie JENS DANIEL schreibt, „daß der unbelehrbare Verbündete Bundesrepublik letztlich allein am Rande des Abgrunds dahinstolpert“. Prof. Morgenthaus Rede hat in Kreisen der Vertriebenenfunktionäre und im Regierungslager große Aufregung ausgelöst. Die „Deutsche Zeitung“ (CDU) sprach von einem „Druck auf Deutschland“ und klagte Prof. Morgenthau an, mit „solchen törichten Empfehlungen“ schütte er nur „Wasser auf die Mühlen Moskaus“. Soweit ist die Reaktion weder neu noch besonders beunruhigend. Wir Westdeutschen, vor allem die Intellektuellen, sind es seit Jahren gewohnt, daß jede Kritik an der Politik der Bundesregierung unweigerlich zu der Abstempelung führt, man schütte „Wasser auf die Mühlen Moskaus“. Was sich aber gewisse Kreise als Antwort auf die Morgenthau-Rede haben einfallen lassen, ist alarmierend: Seit der Veröffentlichung der Berichte über die Bolgneser Rede wird Prof. Morgenthau systematisch bombardiert mit „obszönen antisemitischen Briefen“ („obscene anti-Semitic letters“, Brief ans ARGUMENT vom 2—V—61). „Ich bin besonders beeindruckt von der Tatsache“, schrieb Prof. Morgenthau am 18. Mai, „daß alle Briefe, die ich aus Deutschland erhalten habe, mit einer Ausnahme, damit argumentierten, daß ich Jude bin . . . Dies muß höchst

außergewöhnlich erscheinen für einen Amerikaner, der gewohnt ist, — wenigstens wenn er es mit gesunden und anständigen Leuten zu tun hat —, daß seine Argumente auf ihre Vernünftigkeit geprüft werden und nicht im Hinblick auf seine Religion.“

Leider kann man nicht behaupten, daß diese Art der Hetze für deutsche Volkstumspolitik sehr außergewöhnlich sei. Außenstehende, vor allem namhafte Vertreter der Westmächte, hat man jedoch nach dem Krieg einige Jahre lang ausgenommen. Die Zeiten der Zurückhaltung nach außen scheinen demnach zu Ende zu gehen. Vielleicht werden sich auch die inneren Verhältnisse bald entscheidend verhärteten. Gemahnt die Reaktion auf Prof. Morgenthau politische Thesen nicht bereits wieder an *Pogromhetze*? Wir halten die Befürchtungen der holländischen Demokraten, von denen uns Prof. Buytendijk schreibt, daß sie Angst haben, für begründet. Auch wir haben Angst.

Wir alle sollten diese Angst zu unserem politischen Ratgeber machen, bevor es auch diesmal zu spät ist.

Wolfgang F. Haug

Hans J. Morgenthau

Berlin, die Oder-Neiße-Grenze und der Westen

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ist es wie mit dem Wetter. Jedermann spricht darüber aber niemand tut etwas dafür. Doch die Analogie hört hier nicht auf. Denn für das Wetter tut niemand etwas, weil niemand etwas dafür tun kann. Die Gründe dieser hoffnungslosen Situation — hoffnungslos für die deutsche Einigung — liegen tief in der Natur des deutschen Problems, wie es sich nicht nur der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern, sondern genauso der westlichen Welt darbietet.

Die gegenwärtige Haltung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland wurde unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg begründet und blieb unverändert bis zum heutigen Tag auf Grund der objektiven

Interessen, die beide Nationen im Hinblick auf Deutschland verfolgen müssen. Angesichts der gegenwärtigen und potentiellen Macht Deutschlands war keine der beiden Seiten willens, den Anschluß ganz Deutschlands an die andere Seite als Verbündeter oder Satellit ins Auge zu fassen. Diese Ablehnung hatte die Teilung Deutschlands als logisches Ergebnis zur Folge. Mit anderen Worten, was in Korea und Vietnam geschehen ist, hat sich auch in Bezug auf Deutschland ereignet. Da keine Seite zustimmen konnte, daß das ganze Land dem Bereich des anderen Landes zufiele, und da keine Seite genug Macht hatte, das gesamte Land auf ihre Seite zu ziehen, war die Teilung dieser Länder eine natürliche Konsequenz des gegenwärtigen Gleichgewichts der Macht, des militärischen und politischen Unentschiedens zwischen Ost und West.

Im Zusammenhang mit dieser hoffnungslosen und völlig negativen Situation muß man die laufende Berlinfrage betrachten. Denn die Berlinfrage ist nicht nur mit der Deutschlandfrage, sondern genauer mit den Fernzielen der sowjetischen Außenpolitik eng verbunden. Um die Bedeutung der Berlinfrage klarer zu verstehen, so wie sie im November 1958 von Herrn Chruschtschow erhoben wurde, muß man zu den Zielen der stalinschen Außenpolitik zurückgehen.

Das Hauptziel Stalins in Europa war die Stabilisierung des Status quo. Während des zweiten Weltkrieges stellte er sich die Nachkriegswelt und insbesondere Europa geteilt vor zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in zwei gigantische Einflußsphären, während die beiden Supermächte den Rest der Welt im Einklang regieren würden, und die Sowjetunion einen Fortschritt erzielen würde, wann immer eine Gelegenheit sich bot. Stalin machte zahlreiche Vorschläge, entweder direkt oder indirekt über neutrale Diplomaten für ein Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten, durch welches zumindest Europa in zwei Einflußsphären geteilt würde, wobei die militärische Demarkationslinie von 1945 die Grenzlinie der beiden Reiche darstellen würde. Die Vereinigten Staaten haben sich konsequent geweigert, solch ein Übereinkommen überhaupt in Betracht zu ziehen. Die Vereinigten Staaten haben die militärische Demarkationslinie von 1945 immer als eine provisorische Linie angesehen, die nach einer endgültigen Regelung viel weiter östlich verlaufen würde, als sie das jetzt tut. Auch hier wiederum ist die Teilung Deutschlands die äußere Manifestation dieses Unentschieden über das territoriale Ergebnis des zweiten Weltkrieges, welches die eine Seite als provisorisch ansieht und die andere als endgültig anerkannt haben möchte.

Chruschtschow hat diese stalinsche Zielsetzung wiederbelebt, indem er die Berlinfrage in akuter und drohender Form aufgeworfen hat. Er hat die Berlinfrage geschaffen als einen symbolischen Ausdruck der gesamtdeutschen Frage, und hier liegt ihre Bedeutung . . .

Denn der Status quo von Berlin impliziert paradox genug eine Unbestimmtheit im Status quo von ganz Deutschland. Solange die Westmächte in Berlin sind, ist die Teilung Deutschlands nur provisorisch. Haben die Westmächte einmal ihren Halt in Berlin geschwächt, so ist gleichermaßen die Teilung Deutschlands dabei, endgültig zu werden . . .

So überschreitet die Berlinfrage in ihrer wahren Ausdehnung bei weitem die gesetzlichen Modalitäten der westlichen Anwesenheit in Berlin. Die Anwesenheit des Westens in Berlin und ihre Modalitäten sind ein bloß symbolischer Ausdruck der zugrundeliegenden Frage, aus der der kalte Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in erster Linie erwuchs, und die die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion heute spaltet, das heißt, die Legitimität des Status quo.

Es ist gesagt worden, über die Berlinfrage könne nicht verhandelt werden. Herr Adenauer hat es im Namen Deutschlands gesagt, und Herr Acheson hat es als Bürger der Vereinigten Staaten gesagt, wobei er aber gleichzeitig für einen beträchtlichen Teil der amerikanischen Meinung sprach. Und ich muß sagen, daß ich, was den Kern der Frage angeht, mit ihnen übereinstimme. Denn wenn man in seinem Haus lebt, und der Nachbar sagt einem, man solle es verlassen, kann man nicht antworten: „Wir wollen darüber verhandeln“. Entweder pocht man auf sein Recht, in seinem Haus zu bleiben, und das wäre dies, oder gerade die Verhandlungsbereitschaft impliziert, daß man nicht ganz sicher ist, ob man das Recht hat, zu sein, wo man ist. Man kann nicht auf seinem Recht beharren und es gleichzeitig zum Gegenstand der Debatte machen.

Herr Chruschtschow ist viel subtiler als es Stalin war, und während er versucht, die Rechtsgrundlage der Anwesenheit der Westmächte in Berlin umzuändern, versucht er in Wirklichkeit, das gesetzliche Recht des Westens, in Berlin zu sein, zu unterminieren. Gegenwärtig ist der Westen nicht mit der Erlaubnis der Sowjetunion in Berlin, und nicht kraft eines Vertrages mit der Sowjetunion, sondern mit dem Recht des Eroberers. Jetzt sagt Herr Chruschtschow anscheinend in einer höchst verständigen Art — Staatsmänner, die einen von dem, was einem gehört, trennen wollen, scheinen oft sehr verständig — „Der zweite Weltkrieg ist seit fünfzehn Jahren zu Ende. Ist es nicht an der

Zeit, den Krieg zu liquidieren? Sollten wir jetzt nicht Frieden haben?“ Was könnte verständiger sein als das? Und so sagt er: „Wir wollen die Rechtsgrundlage der Anwesenheit des Westens in Berlin ändern. Wir wollen das Recht des Eroberers aufgeben, und Ihr, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, macht einen Vertrag mit der Sowjetunion, und wir werden Euch erlauben, dort zu bleiben, und Zugang zu Berlin zu haben.“

Es ist jedoch ein sehr großer Unterschied, ob man in Berlin auf der Basis der Eroberung ist, oder ob man in Berlin ist, weil es einem die Sowjetunion erlaubt, dort zu sein. Denn was einem die Sowjetunion heute erlaubt, kann sie einem morgen verbieten, und internationale Abkommen werden für gewöhnlich verworfen, wenn die Situation, während der sie geschlossen wurden, sich ändert. Die Sowjetunion hat sich besonders geschickt im Anpassen von Vertragsbedingungen an die wechselnden Umstände gezeigt, genau wie andere Nationen. Dieser unschuldig aussehende Wechsel im gesetzlichen Recht des Westens, in Berlin zu sein, würde in Wirklichkeit im Hinblick auf dieses Recht den Westen auf die Gnade der Sowjetunion anweisen.

Daß man sagt, man könne nicht über das Recht des Westens, in Berlin zu sein, verhandeln, heißt jedoch nicht, daß man nicht über die Bedingungen der Anwesenheit verhandeln kann. Sicher kann man dieses Recht beeinflussen, man kann über den Verputz des Hauses, über das Dach, den Anstrich, den Zufahrtsweg verhandeln. Man kann zustimmen, einen anderen Zaun zu bauen, sagen wir einen UN-Zaun, falls dem Nachbarn der Zaun, den man hat, nicht gefällt. Oder wir können unsere Truppenstärke in angemessener Weise verringern, oder die feindliche Propaganda einstellen. Wir können uns verpflichten, keine Atomwaffen in Berlin zu haben, die wir sowieso nicht haben wollten, und so fort. Aber man kann sich nicht hinsetzen und über sein Recht verhandeln, dort zu sein, wo man ist, ohne gleichzeitig dieses Recht in Frage zu stellen.

Die Politik der Bundesregierung arbeitet für die Sowjetunion

Bis jetzt habe ich hauptsächlich über die westliche und sowjetische Politik gesprochen. Vor zehn Jahren würde das genügt haben, und ich hätte hier aufhören können. Aber heute ist es natürlich notwendig, ebenso über die deutsche Politik zu sprechen. Denn Deutschland ist wieder eine der großen Weltmächte. Hierin liegt ein anderer Faktor, der den Arm der Sowjetunion stärkt. Denn niemand fürchtet die militärische Stärke Deutschlands mehr als die Länder Osteuropas, so wie die Tschechoslowakei und

Polen, die sich daran erinnern, was ihnen vor fünfzehn oder zwanzig Jahren passierte, als Deutschland wirklich sehr mächtig war. Und die Unterstützung, die die Deutschlandpolitik der Sowjetunion von den Ländern Osteuropas erhält, ist in erster Linie von dieser Angst motiviert. Hier liegt ein anderes Problem und eine andere günstige Gelegenheit für den Westen, denke ich.

Es ist interessant zu bemerken, daß Präsident de Gaulle als einziger von allen westlichen Staatsmännern diese Gelegenheit erkannt hat, indem er erklärte, er befürworte die Oder-Neiße-Linie als endgültige östliche Grenze Deutschlands. Wenn alle Länder solch eine Erklärung abgeben würden, mit anderen Worten, wenn alle Länder es als hoffnungsloses Unternehmen für jede deutsche Regierung hinstellen würden, jemals die Gebiete östlich der Oder-Neiße zurückzuholen, würde dadurch die Gesamtheit der Interessen zwischen der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas geschwächt, wenn nicht zerstört werden, sofern ihre Deutschlandpolitik betroffen ist. Und ich glaube, die Länder des Westens würden sehr zur Stabilisierung der Ordnung in ganz Europa und zur Beförderung der Freiheit in Osteuropa beitragen.

Diese Betrachtungen haben natürlich nur eine indirekte und negative Bedeutung für die deutsche Wiedervereinigung. Sie behandeln Politiken und Bedingungen, die die andauernde Teilung Deutschlands für alle Beteiligten tragbar machen würde. Denn eine Wiedervereinigung kann in voraussehbarer Zukunft nicht durch diplomatische Verhandlungen zustandegebracht werden. Und wenn man die Fortdauer des militärischen Gleichgewichts annimmt, kann sie auch nicht durch Gewalt erreicht werden. Das ist offenbar, in Begriffen der deutschen Wiedervereinigung, ein hoffnungsloser Ausblick. Aber es ist nicht notwendigerweise ein hoffnungsloser Ausblick in den Begriffen der objektiven Interessen aller Beteiligten. Denn die Rechtmäßigkeit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Unabänderlichkeit der Teilung Deutschlands spiegelt das objektive Interesse aller Beteiligten wieder. Wenn einmal der territoriale Status quo kraft dieser Anerkennung stabilisiert ist, wird das Symbol der Anwesenheit des Westens in Berlin seine Bedeutung geändert haben. Aus einem Symbol der Irredenta und der territorialen Revision wird es sich in ein Symbol der kulturellen Einheit ganz Europas verwandelt haben. Solchermaßen wird die Anwesenheit des Westens in Berlin der symbolische Ausdruck der Politik der atlantischen Gemeinschaft gegenüber den europäischen Nationen östlich des eisernen Vorhanges sein.

(Deutsch von Reimut Reiche)

Das permanente Unrecht

Was deutsche Zeitungen unter „friedlicher Nachbarschaft“ verstehen, wurde vor einigen Wochen offenbar. Vizekanzler Erhard hatte den Polen auf dem Oberschlesien-Treffen in Düsseldorf sonntäglich in Aussicht gestellt, Deutschland werde den „Unrechtsakt“ der Loslösung Oberschlesiens nicht hinnehmen. Er hatte das „Selbstbestimmungsrecht für Polen, Ungarn und Deutsche“ proklamiert. Er hatte den Polen wieder einmal mit dem Nürnberger Trichter einverleibt, wie unentbehrlich Ulbrichts DDR für polnische Interessen ist. Und dennoch gab es keine große Zeitung in Deutschland, die des Vizekanzlers tolpatschigen Erguß nicht unter dem Blaue-Montags-Tenor „Versöhnliche Worte an Polen“ in Aufmachung setzte.

Sieben Wochen zuvor hatte der Bundeskanzler vor 100 000 Ostpreußen versprochen, infolge Nato-Treue würden „der Welt Frieden und Freiheit wiedergegeben werden und damit auch Ihnen ihr schönes Heimatland Ostpreußen“. Der unvermeidliche Seebohm gar rief am vorletzten Sonntag, es sei an der Zeit, daß die Tschechen das Unrecht anerkennen, das sie den Sudetendeutschen zugefügt hätten. Natürlich fehlt in keiner Vertriebenen-Rede die pathetische Versicherung, man verzichte auf Haß und Rache, man verzichte auf den dritten Weltkrieg. Und dafür wollen sie dann auch noch gelobt werden! Dabei haben Russen, Polen und Tschechen zusammen den Deutschen bis zum heutigen Tag nicht halb soviel mordlüsternes Unrecht angetan wie wir den Ostvölkern. Es gehört die ganze Naivität des Wirtschaftsministers dazu, auf eine Stufe zu stellen, was wir und was die Sowjets den Polen getan haben (und was die Polen uns). Und es bedarf der ungeteilten, heuchlerischen Verantwortungslosigkeit des christ-kanzlerischen Regimes, das „Recht auf Heimat“ als ein Ding aus Fleisch und Blut vor den unwissenden Kaffee-und-Kuchen-Reisenden paradiere zu lassen. Kein einziger Vertriebenen-Sprecher möchte ja in die Heimat zurück, wie sie sich jetzt darstellt. „Recht auf Heimat“ bedeutet vielmehr, daß die

uns weggenommenen Gebiete ihres derzeitigen Staats und ihrer derzeitigen Regierung wieder entkleidet werden müßten. „Recht auf Heimat“ meint, wo es mehr als Floskel ist, Hoffnung auf gewaltsamen Umsturz.

Wären die Heimattreffen, was sie zu sein vorgeben, nämlich gesellige Zusammenkünfte engerer Landsleute, so könnte auch der Mißtrauische nichts dawider vorbringen. Unstreitig benutzen aber die Berufsvertriebenen die nach Hunderttausenden zählenden Menschenkulissen, um einen nicht realisierbaren Anspruch hochzuputtschen und die Massen im Gefühl eines permanenten Unrechts zu wiegen. In der „Vertriebenen-Saison“ von Mai bis Oktober bestreiten Seh- und Hörfunk ihre sonntäglichen Abendnachrichten fast ausschließlich mit dem Unrecht von 1945. Kann guten Gewissens bestritten werden, daß die ohnehin bedrohlich Atmosphäre in Mitteleuropa derart weiter aufgeladen wird, je ungehemmter Regierung und Opposition in Bonn den Wahlkampf anvisieren?

„Schadet nichts“, sagt Otto Normalverbraucher, „schadet nichts, wenn der Chruschtschow sieht, daß wir uns nicht alles gefallen lassen.“ Und die Regierung handelt wie Otto Normalverbraucher, nach den vorgegebenen Denkschablonen. Ist sich denn niemand von den Bonner Wahlstrategen bewußt, daß die Bundesrepublik in eine schleichende, dafür aber desto hoffnungslosere Isolierung treibt? Ist man sich klar, daß die Bundeswehr, Wachs in den Fäusten eines Um-jeden-Preis-Menschen, in Tonart und Forderungen auf eine Kraftprobe mit den Sowjets zusteuert? Hat man eine ungefähre Vorstellung, wie weit England und Frankreich, ja sogar wie weit die USA uns bei dieser Kraftprobe begleiten werden? Und ist man sich klar, daß diese Boulanger-Politik entweder im Krieg oder in einer folgenschweren Niederlage endet?

Polaris-Raketen, Basen in Spanien, 6 000-Tonnen-Zerstörer mit Atomsprengköpfen, lückenlose Abwehrfront vom Nordkap bis zum Kaukasus, Anspruch (laut Bundeswehr-Generalität) auf dieselbe atomare Bewaffnung wie die Verbündeten — man könnte das alles ja haben, wenn man nicht gleichzeitig Breslau, Königsberg und die Wiedervereinigung forderte. Wir könnten uns sogar einen Strauß leisten, wenn unsere Ansprüche über das Territorium der Bundesrepublik nicht hinausreichten. So aber entsteht hier ein explosives Gemisch, dem ohne Einzel-Initiative der Krieg entsteigt. Krieg kommt nicht, weil unsere Minister Gebietsforderungen stellen, jedenfalls nicht allein. Aber vielleicht greifen die Sowjets nach Westberlin, weil unsere Minister Atomwaffen und 250 000 Quadratkilometer Land und das Ende des Bolschewismus in einem fordern?

Joachim Kreysler und Dieter Rave

Vertriebenenpolitik in der Bundesrepublik

Eine genaue und in Einzelheiten erschöpfende Analyse aller Vertriebenenverbände kann hier nicht geleistet werden. Wir müssen uns damit begnügen, Einzelaspekte hervorzuheben, die jedoch symptomatisch sind.

Hier zunächst einige bezeichnende Zitate:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland wieder mehr Lebensraum finden kann bei Nachbarn, die diesen Raum nicht brauchen und ihn mit Sklavenarbeitern für ihre Kolchosen besetzt halten.“

Diese Worte sprach der bayerische Arbeitsminister und BHE-Landtagsabgeordnete Stain auf einer Delegiertenkonferenz des „Bundes der Vertriebenen“ am 12. 5. 1961 in Würzburg.

In den „Arbeitsbriefen der Deutsch-Baltischen Jugend“ Heft 12/1959 ist folgendes zu lesen:

„Aller Dinge mächtigstes: Krieg! Aller Güter herrlichstes: Sieg! Jeder echte Mann ist stolz auf seine Soldatenzeit! Die Kriegsgesetze sind Urgesetze der Menschheit — weder roh noch grausam sind sie großartig!“

Alfred Gille äußerte auf dem BHE-Bundesparteitag 1960 über den Ausdruck „Verzichtpolitiker“ (nach DZ — Deutsche Zeitung — 20. 9. 1960):

„Ich scheue mich nicht einen Augenblick zu sagen, daß mir dieser Ausdruck so gut gefällt, weil er etwas Diffamierendes enthält.“

Die Zeitschrift „Deutsche Ostkunde“ (Heft 9/1959) versteht die Aufgabe der Ostkunde in der Schule so:

„Die ostkundlichen Bestrebungen . . . wollen im Rahmen von Erziehung und Unterricht . . . den Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wachhalten und die deutsche Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrage Europas vorbereiten.“

Solche Stimmen — und wer erkennt nicht in ihnen Elemente und Stil von NS-Ideologie und -Propaganda, hier sogar nicht einmal mit dem Feigenblatt des Antikommunismus überdeckt, wie wir es heute gewohnt sind — werden immer häufiger und immer lauter. Sie kommen größtenteils von Vertretern der Vertriebenenverbände, deren Einfluß auf die Politik der Bundesregierung nicht zu übersehen ist. Die Züricher Zeitung „DIE TAT“ stellt hierzu am 16. 7. 1960 fest:

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der wachsende politische Einfluß der Vertriebenenverbände, dem in den großen Parteien kaum jemand offen entgegenzutreten wagt, wesentlich dazu beiträgt, die Bundesrepublik international zu isolieren und bei den Verbündeten die Furcht vor einem neuen zerstörerischen Ausbruch des deutschen Nationalismus zu nähren.“

Einer der Gründe für diese Entwicklung ist in der Personalpolitik der Vertriebenenverbände zu finden. Immer häufiger muß man feststellen, daß in ihren Organisationen alte NS-Größen Schlüsselstellungen einnehmen. Daß diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen ist, läßt sich durch eine Untersuchung der einzelnen Landsmannschaften belegen.

Am Beispiel der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Wir möchten hier, stellvertretend für alle anderen, auf die Sudetendeutsche Landsmannschaft näher eingehen. (Zitate, bei denen keine anderen Quellen angegeben sind, stammen aus einem Artikel des SPIEGEL vom 17. 5. 1961.)

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft tritt mit dem Anspruch auf, die drei Millionen Deutschen, die aus der

Tschechoslowakei vertrieben wurden, politisch zu vertreten. Von diesen drei Millionen leben allerdings nur 1,9 Millionen in der Bundesrepublik — von diesen sind wiederum nur 350 000 Mitglieder der Landsmannschaft. Wer Sudetendeutscher ist, wird in § 4, Abs. 2 und 3 der Satzung der Landsmannschaft festgelegt. Dort ist folgende Definition zu finden:

„Als Sudetendeutscher gilt ein Deutscher, der von mindestens einem Eltern- oder Großelternanteil, der Sudetendeutscher ist, abstammt oder mit einem Ehegatten, der Sudetendeutscher ist oder als Sudetendeutscher gilt, verheiratet ist.“

Wann ein „Eltern- oder Großelternanteil“ Sudetendeutscher ist, wird dabei nicht gesagt. Die Definition ist also zumindest problematisch. Mit den „Ländern Böhmen und Mähren“ ist wahrscheinlich die Tschechei gemeint, die nach der Besetzung durch die Nazis „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ hieß. Die Zeit der Nazi-Besetzung ist für die Landsmannschaft ein leeres Blatt. Daß das „Unrecht der Vertreibung“ möglicherweise eine Reaktion auf das Unrecht während der Besetzung war, kann wohl nur ein „Bolschewik“ behaupten wollen. In das 20-Punkteprogramm der Landsmannschaft, das auf dem Pfingsttreffen 1961 verkündigt wurde, konnte nur mit Mühe und Not eine Kritik an Hitler aufgenommen werden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchner Abkommen erzwungen.“

Dieser Passus war mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt worden und wurde erst nach einer Rücktrittsdrohung des Sprechers der Landsmannschaft, Bundesminister Seebohm, im Programm belassen.

Gegen diesen Satz hatten sich unter anderen auch die Mitglieder des Witikobundes gewehrt. Über diesen Bund heißt es in dem angeführten TAT-Artikel:

„Ein guter Teil von ihnen (der ehemaligen NSDAP-Mitglieder) ist im Witikobund zusammengeschlossen, der systematisch die Führungsstellen innerhalb der Vertriebenenverbände mit seinen Mitgliedern zu besetzen und auch parteipolitisch im Sinne einer ‚nationalen Kraft‘ aktiv zu werden sucht — seine Vertrauensleute finden sich sowohl im BHE als auch in der Deutschen Partei (inzwischen in der Gesamtdeutschen Partei vereinigt) und bei den Freien Demokraten.“

Schon im Januar 1959 hatte der Sudetendeutsche Hans Maier im „Münchener Vertriebenen-Echo“ geschrieben:

„Die alte Henlein- und NS-Garde (heute im Witikobund) hat sich in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, im BHE, im Sudetendeutschen Rat und in der Vertriebenenpresse die maßgebenden Schaltstellen gesichert. So kann

sie die öffentliche Meinung im Vertriebenensektor schlagartig gegen alle diejenigen mobilisieren, die nicht gewillt sind, das alte Spiel erneut mitzumachen.“

Von den 30 Mitgliedern des „Sudetendeutschen Rates“ (eine Art Exilregierung) sind 12 Mitglieder des Witikobundes, darunter: Frank Seiboth, Vorsitzender der Gesamtdeutschen Partei, ehemals NSDAP-Gauschulungsleiter; Dr. Walter Becher, Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates, BHE-Landtagsabgeordneter in Bayern und zweiter Vorsitzender des Witikobundes, ehemals Kulturschriftleiter des NSDAP-Gau-Amtsblattes „Die Zeit“, in der er am 18. 12. 1938 schrieb:

„Stolz konnte er (der Getto-Schauspieler und Regisseur des neuen Deutschen Theaters, Walter Taub) Heerschau halten, als er zur Verteidigung des jüdischen Theaterdirektors von Reichenberg, Horowitz-Barnay, die tschechischen Kulturträger . . . in einer großen Nachtsitzung der Prager Bühnenkünstler zum Kampf aufrief gegen das deutsche Selbstbestimmungsrecht . . .

Den inneren Aufbau des Klubs überließ man einer verirrten deutschen Schauspielerin, die mit echt deutscher Mütterlichkeit die notwendige Geld- und Möbelbesorgung bei den Gönnerjuden auf sich nahm und dann sehen mußte, wie sich in den von ihr mit so viel Liebe zusammengeholten Klubsesseln fette Judenfrauen mit ihren Sprößlingen breitmachten.“

Über Becher schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ am 18. 4. 1959:

„In vielen Fällen endete der 1938 mit Dr. Bechers Hilfe an Prager Juden verübte Rufmord kurze Zeit später mit blankem Totschlag. Heinrich Fischer konnte zwar vor dem NS-Terror nach London fliehen, doch verlor er zahlreiche Angehörige, Freunde und Kollegen in den Todeslagern und Gaskammern der SS. Heute ist Fischer Chefdramaturg und Hauptabteilungsleiter beim Bayerischen Fernsehen, um dessen Bevormundung sich Dr. Becher lebhaft bemüht.“

Vorsitzender des Witikobundes ist Franz Karmasin, einst stellvertretender Gauleiter und Chef der NSDAP der Slowakei.

Ein Gegengewicht gegen die ehemaligen NSDAP-Mitglieder und Funktionäre ist in der Sudetendeutschen Landsmannschaft kaum vorhanden. Ihr Sprecher, CDU-Mitglied und Bundesminister Seebohm, war zwar kein NSDAP-Funktionär, aber er profitierte einiges vom Nationalsozialismus. So gingen, wie der SPIEGEL berichtet, die Britannia-Kohlenwerke A. G. im Egerland 1939 durch Arierisierung fast vollkommen in den Besitz der Familie Seebohm über. Diese Werke, in denen Seebohm von 1939 bis 1945 Aufsichtsratsvorsitzender war, sind seine einzige Verbindung zum „sudetendeutschen Volkstum“. Er ist also (laut Satzung der Landsmannschaft) „Wohnsudet“. Seine

politische Einstellung wird aus folgenden Zitaten deutlich:
„Wer die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 fordert, muß sich darüber klar sein, daß er . . . eine Restauration der Verhältnisse verlangt, die mit zu dem zweiten Weltkrieg dieses Jahrhunderts geführt haben.“

„Wir sind an vorderster Front die Vorkämpfer für ein Abschütteln des Jochs des bolschewistischen Kolonialismus über Osteuropa.“

Er fordert also die Wiederherstellung der Grenzen von 1938, nach der Annexion der Tschechei, was nicht zu einem neuen Krieg führen soll. Seehoßs Eingreifen in die oben geschilderte Diskussion um die „Kritik an Hitler“, hat nach der Ansicht des SPIEGEL eher taktischen Charakter. Der SPIEGEL schreibt:

„Der Eindruck, den der Verzicht auf jede Kritik am Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit, vornehmlich aber bei den westlichen Verbündeten, hätte hervorrufen müssen, wurde von Seehoß rechtzeitig erkannt: Die Koalition mit den Westmächten, auf die allein die Sudetendeutschen heute ihre Heimkehrhoffnung stützen, schien ihm ein Bekenntnis zu Demokratie und Antifaschismus wert.“

Selbst der Vertreter der SPD in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Wenzel Jaksch, deckt seine suspekten Landsleute: Im dod (Deutscher Ostdienst; zentraler Informationsdienst des Bundes der Vertriebenen) schrieb er am 22. 2. 1960 zu den Angriffen auf die Vertriebenenverbände — wobei er hauptsächlich gegen den oben in Auszügen wiedergegebenen Artikel der „TAT“ polemisierte:

„Wer ein dem Sowjetimperialismus gefügiges Westdeutschland will, sucht sich gerne die deutsche Vertriebenenbewegung als Zielscheibe aus . . .

Es ist daher recht bedauerlich, da und dort in der westlichen Presse die diffamierenden Zweckbehauptungen von notorischen Ostagenten über einzelne sudetendeutsche Organisationen nachgedruckt zu finden . . .

Schließlich entspricht es doch den demokratischen Spielregeln, daß jenes Viertel der westdeutschen Bevölkerung, welches das Schicksal der Vertreibung oder der Flucht erlebte, in die Politik seines Landes etwas dreinzureden hat.“

De facto aber sind es zum großen Teil ehemalige NS-Größen, die in den Spitzen der Vertriebenenorganisationen sitzen und „in unsere Politik etwas dreinzureden haben“. Wer sich dann gegen diese Nazis wehrt, ist für Jaksch ein „notorischer Ostagent“. Wohlgemerkt, Jaksch ist Bundestagsmitglied und Vertreter der Heimatvertriebenen im SPD-Parteivorstand.

In anderen Landsmannschaften ist es ähnlich

Dr. Ulitz, heute Sprecher der Landsmannschaft Oberschlesien und Mitglied des Bundesvorstandes des Bundes der

Vertriebenen erhielt am 20. 10. 1939, zusammen mit Dr. Kohnert, Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen, ehemaliger SS-Oberführer und Landesbauernführer im Gau Wartheland und mit Hasbach, Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen in Baden-Württemberg das goldene Parteiabzeichen der NSDAP für die „Volkstumsarbeit“ in Polen. Das goldene Parteiabzeichen wurde „für besonders hervorragende Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung und die Erreichung ihrer Ziele“ verliehen (laut Organisationsbuch der NSDAP, München 1937). Der Landesvorsitzende der Banater Schwaben in Bayern, Hans Ewald Frauenhofer, war Inspekteur der NSDAP der deutschen Volksgruppe in Rumänien. Die Liste ließe sich beliebig lange fortführen.

Der Geist dieser „Volkstumspolitiker“ wird in der Jugendorganisation des Bundes der Vertriebenen, in der „Deutschen Jugend des Ostens“ weitergetragen. Das Organ der Pommernjugend in Bayern „Die Rundschau“ schreibt in ihrem Juniheft 1960:

„Aufgabe und Ziel unseres Bundes ist . . . die Rückgewinnung unserer Ostgebiete. Schon der Name unseres Bundes — DEUTSCHE JUGEND DES OSTENS — weist auf die Aufgabe hin, und der nach Osten gerichtete Pfeil der DJO-Rune auf unseren Wimpeln zeigt uns die Richtung. Wir können und dürfen unsere Aufgabe daher nur in der Zukunft sehen. Sie ergibt sich aber aus der Vergangenheit.“

Kritische Stimmen

Die kritischen Stimmen gegen diese „Aufgaben und Ziele aus der Vergangenheit“ sind in der Bundesrepublik selten. Nur wenige Prominente wagen es, gegen die Vertriebenenpropaganda zu sprechen. Erfreulich sind folgende Sätze aus einer Predigt von Julius Kardinal Döpfner in Berlin-Neukölln (nach DZ 13. 5. 1961):

„Für die Zukunft ist die Gemeinschaft der Völker und Staaten wichtiger als Grenzfragen . . . Es wäre eine folgenschwere Selbsttäuschung anzunehmen, daß ein Volk eine Politik, wie sie jenes (NS-)Regime gegenüber anderen Völkern betrieben hat, nicht teuer begleichen muß.“

Der Heidelberger Historiker, Professor Werner Conze, sagte auf einer Veranstaltung der Heidelberger Universität sinngemäß folgendes (nach DZ 5. 12. 1960):

„Bei nüchterner und vernünftiger Betrachtung können wir nicht der Erkenntnis widersprechen, daß kein Mensch auf der Welt außerhalb Deutschlands daran interessiert ist, diese Grenzen (Conze sprach über eine mögliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) wieder nach Osten zu verschieben . . . Die Deutschen sollten nicht sentimental und trotzig nach etwas jagen, was sie nicht erjagen können.“

Häufiger sind dagegen kritische Stimmen aus dem Ausland. Für manche unserer Verbündeten spielt der Antikommunismus keine so wesentliche Rolle, daß die Gefahr eines wiedererstarkenden Faschismus unter dem Mantel des Antikommunismus nicht gesehen wird. Die Frage der Oder-Neiße-Grenze z. B. ist für das Ausland mehr oder weniger eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Der damalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Richard Nixon, sagte in einer Rede in Buffalo vor Amerikanern polnischer Herkunft (nach DZ 22. 10. 1960):

„Es darf auf amerikanischer Seite nichts getan werden, was die grundsätzlichen Interessen der polnischen Nation verletzen würde. Im Gegenteil, es muß alles getan werden, um die Entschlossenheit der Polen zu stärken.“

Der Direktor des Instituts für amerikanische Außen- und Militärpolitik der Universität Chikago, Hans J. Morgenthau, hielt auf einer Natotagung in Bologna, Ende April 1961, das einleitende Referat und sagte dabei unter anderem:

„Es ist interessant zu bemerken, daß Präsident de Gaulle als einziger von allen westlichen Staatsmännern diese Gelegenheit erkannt hat, indem er erklärte, er befürworte die Oder-Neiße-Linie als endgültige östliche Grenze Deutschlands.“

Weiter führte Morgenthau aus:

„Denn die Rechtmäßigkeit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Unabänderlichkeit der Teilung Deutschlands spiegelt das objektive Interesse aller Beteiligten wider.“

Der konservative Abgeordnete des Britischen Unterhauses, Peter Kirk, schrieb (in „Deutsche Woche“ 10. 8. 1960):

„Die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes sieht die Oder-Neiße-Grenze . . . als endgültig an, und unser Land wird keinen Finger rühren, um sie ändern zu helfen.“

Noch klarer ist die Haltung des Ostblocks, wobei sich allerdings bemerkenswerte Einzelheiten abzeichnen. So sprach der polnische Außenminister Rapacki auf einer Pressekonferenz in Wien zur Grenzfrage und sagte dabei folgendes (nach DZ 13. 3. 1961):

„Wir möchten nicht die Diskussion über die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit in der Grenzfrage ins Unendliche ziehen, dieses Problem ist für uns klar . . . Uns ist im Augenblick nicht an irgendwelchen juristischen Diskussionen gelegen, vielmehr an politischen Tatsachen.“

Neuere tschechische Erklärungen besagen, man werde individuelle Anträge auf Repatriierung vertriebener Deutscher künftig wohlwollend prüfen. Dazu bemerkte der sozialdemokratische Landsmannschaftler Almar Reitzner bezeichnenderweise (nach SPIEGEL 17. 5. 1961):

„Wir können doch nicht zulassen, daß diese Leute bestimmen, wer zurückkehren darf.“

Unser und der andern Recht

Daß nicht alle Heimatvertriebenen so denken wie ihre angeblichen Vertreter, zeigt die folgende Stellungnahme, die wir auszugsweise der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (23/24—12—1959) entnehmen:

Ich bin selbst Vertriebener, der seine Heimat weder vergessen kann noch will. Aus der Erinnerung an die deutsch-polnische Grenzfrage zwischen den beiden Weltkriegen — sie war zumindest der Anlaß des zweiten und damit des Todes von vielen Millionen Menschen — kann ich das Verhalten der Bundesregierung und der Vertriebenenverbandsspitze nur als eine schlechte Vertretung der Interessen der Vertriebenen und Europas ansehen. Auf dem bisherigen Wege kommen wir nämlich überhaupt nicht weiter. Nur fürchtet jede Partei den Verlust der gefühlsgebundenen Vertriebenenstimmen und so mancher Politiker die Beschimpfung durch Demagogen.

Mit den verlorenen Ostgebieten geht es uns seit 1939 ungefähr wie einer Menschengruppe, die einer anderen etwas wegnahm, der aber das Geraubte wieder abgejagt wurde — und noch eine ganze Menge dazu. Die Sache wird dadurch auch nicht unkomplizierter, daß uns schon 20 Jahre früher etwas weggenommen wurde; denn das damals Weggenommene war schon größtenteils von der „gegnerischen“ Menschengruppe bewohnt, gehörte ihr nach nationalstaatlicher Denkweise zum größten Teil, und 1939 griffen wir unermesslich weit über eine Rücknahme hinaus, taten somit genau das und mehr, was wir seit 1945 der anderen Seite vorwerfen. Zumindest beschleicht jeden von uns ein Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens, wenn wir vom Recht auf jene Gebiete reden, nachdem wir das Recht jahrelang mit Füßen traten, ja, dem Streitgegner nicht einmal mehr das Recht auf eigene Lebensgestaltung im Rest seines Landes ließen.

Auch das Recht auf Heimat hilft uns nicht weiter. Es ist nicht nur lediglich ein „Recht im Werden“, sondern sogar ein Bumerang. Da Polen allein die Oder-Neiße-Grenze nicht halten könnte, ist die UdSSR faktisch deren Garantin; diese aber hat kein Interesse an der Hergabe jetzt kommu-

nistischer Gebiete. Somit hängt diese Grenze allein vom Zustand der UdSSR ab und ist erst nach ausreichender Schwächung dieses Staates zu ändern. Nachdem der Westen 42 Jahre vergeblich auf den Zusammenbruch der Sowjetunion wartete, sollten wir Vertriebene unsere Hoffnung nicht mehr darauf gründen. Vielmehr müssen wir damit rechnen, daß wir Lebenden, die noch ein Heimatrecht im ehemals deutschen Osten haben, noch vor einer Änderung der heutigen deutschen Ostgrenze sterben werden. Das Heimatrecht unserer Kinder auf jene Gebiete ist dann weit schwächer als das der inzwischen dort aufgewachsenen Polen, der Grundsatz des Rechts auf Heimat spricht dann jene Gebiete Polen zu. Auf Tote und Ungeborene läßt sich dieses Recht aber nicht ausdehnen, weil jenseits des Lebens die beiderseitigen Ansprüche ein schier unentwirrbares Knäuel bilden.

Das Recht auf Heimat muß also so rasch wie möglich verwirklicht werden. Ist dies nicht möglich, so liegt es in unserem Interesse, lieber nicht mehr von diesem Bumerang zu sprechen. Weil aber ohne Krieg — und er wäre ein viel zu hoher Preis — die Sowjetunion kaum noch rechtzeitig so geschwächt wird, daß eine ostwärtige Verschiebung der Westgrenze Polens möglich ist, sollten wir uns mehr als bisher bemühen, andere Möglichkeiten zur Lösung dieses Grenzproblems zu suchen, statt nur von der Vergangenheit zu träumen, die selbst dann nicht wiederhergestellt werden könnte, wenn morgen über 7 Mill. Polen ihr Bündel schnüren und ostwärts wandern müßten, während die noch ostwilligen deutschen Vertriebenen nachrückten. Dann werden eben polnische Vertriebenenverbände jenseits der neuen Grenze wie unsere heutigen handeln und auf die nächste Schwächung Deutschlands oder seiner Schutzmacht warten, und je mehr Zeit bis zur Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze verstreicht, desto begründeter werden jene polnischen Forderungen sein. Die Zeit arbeitet also auf jeden Fall gegen uns, wenn wir auf dem bisherigen Wege beharren.

So bitter ein Verzicht auf sowieso Verlorenes für das Gefühl sein mag, so wird uns im Interesse eines Neubeginns kaum etwas anderes übrigbleiben, und desto früher könnte sich daraus die Möglichkeit einer Rückkehr auf der Grundlage vieler Kompromisse entwickeln. Durchaus nicht utopisch ist ein Europa, zwischen dessen Sprachkantonen die Grenzen auch nicht höher als zwischen seinen Religionskantonen sind, also als jene Grenzen, die ehemals regelrecht Ausrottungskriege verursachten und heute nur belächelt werden. B. Brockhoff, Frankfurt a. M.

Die Entwicklung der Bevölkerung in den West- und Nordgebieten der Volksrepublik Polen

„Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils von Ostpreußen, der nicht unter die Verwaltung der UdSSR in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebiets der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonzferenz zurückgestellt werden soll“. (zit. nach R. Thilenius: Die Teilung Deutschlands, Hamburg 1957, S. 75.)

Die so im Potsdamer Abkommen vom 2. VIII. 1945 im Teil IX — Polen — beschriebenen „früher deutschen Gebiete“ haben einen Flächeninhalt von rund 100 000 qkm. Die Verwaltungsgrenzen der sieben westlichen und nördlichen Woiwodschaften der Volksrepublik Polen — Opole (Oppeln), Wrocław (Breslau), Zielona Góra (Grünberg), Szczecin (Stettin), Koszalin (Köslin), Gdansk (Danzig) und Olsztyn (Allenstein) — umfassen etwa das gleiche Gebiet. Die territorialen Abweichungen und die Differenzen in der

Wirtschaftsstruktur sind unerheblich. Will man ein Bild von der Entwicklung der früher deutschen Gebiete nach 1945 gewinnen, so genügen die Angaben, die sich auf das Gebiet der sieben Woiwodschaften beziehen. (Bei Angaben über die industrielle Produktion und die Kohle- und Erzförderung muß berücksichtigt werden, daß ein Teil des ober-schlesischen Industriegebiets mit 1 400 qkm Fläche heute zur Woiwodschaft Katowice (Kattowitz) zählt.)

In der Entwicklung der Bevölkerung lassen sich zwei Perioden unterscheiden. Die erste umfaßt die Jahre 1945/46 bis 1950; ihr charakteristisches Merkmal sind die großen Wanderungsbewegungen. Diese begannen mit der organisierten Evakuierung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten vor der herannahenden Front durch deutsche Behörden. Zu Beginn des Jahres 1945 setzte eine panische Fluchtbewegung ein, die bis zum Sommer 1945 anhielt. Dann begann die planmäßige Aussiedlung der deutschen Bevölkerung durch polnische Behörden gemäß dem Potsdamer Abkommen und mit Unterstützung durch die Alliierten. Zur gleichen Zeit setzte der Zustrom polnischer Neusiedler ein, die aus den Gebieten Zentralpolens, aus den im Osten an die UdSSR abgetretenen Gebieten und aus dem westlichen Ausland kamen.

1946 wurden bei einer Volkszählung in diesem Gebiet ca. 5 Millionen Einwohner gezählt, von denen rund 2 Millionen Deutsche waren. Von den 3 Millionen Polen waren je die Hälfte Einheimische und Neusiedler. 1950 war der größte Teil der deutschen Bevölkerung ausgesiedelt. (Der Rest verließ Polen im Rahmen des Programms der Familienzusammenführung, das 1958 abgeschlossen wurde.) Die Zahl der polnischen Neusiedler stieg bis 1950 auf 2,4 Millionen an; der natürliche Bevölkerungszuwachs betrug 0,7 Millionen, so daß die polnische Bevölkerung im Jahre 1950 insgesamt 5,9 Millionen zählte.

In der folgenden Periode bis 1958 stabilisierten sich die Verhältnisse. Die Entwicklung wurde durch das natürliche Wachstum der Bevölkerung bestimmt. In diesem Zeitraum stieg die Bevölkerungszahl um ca. 1,5 Millionen auf 7,383 Millionen an. (Inzwischen ist die Zahl von 7,5 Millionen überschritten.) War in der ersten Periode die Zuwanderung zu fast 80% Ursache des Bevölkerungszuwachstums, so bestimmte nun der natürliche Bevölkerungszuwachs die Entwicklung zu 94%.

Für die Herkunft der Bevölkerung der West- und Nordgebiete konnte 1959 etwa folgende Verteilung angenommen werden: Umsiedler aus dem an die UdSSR abgetretenen Gebiet 1,7 Millionen (= 22,7%), Rückwanderer aus dem westlichen Ausland 0,2 Millionen (= 2,7%), Aussied-

ler aus anderen Teilen Polens 2,1 Millionen (= 28%), einheimische Bevölkerung 0,9 Millionen (= 12%), nach dem Krieg in diesen Gebieten geborene Kinder 2,6 Millionen (= 34,6%).

Im Jahr 1950 betrug das Verhältnis der Geburten zu den Sterbefällen 3,5 : 1 — im Jahr 1958 bereits 4,25 : 1. In absoluten Zahlen nähert sich der Zuwachs der Zahl von 200 000 im Jahr. Zwischen 1950 und 1958 wurden 650 000 Ehen geschlossen. Die Zahl der Geburten betrug etwa 250 000 pro Jahr. Charakteristisch für den Altersaufbau dieser Neusiedlerbevölkerung ist der hohe Anteil der jungen Menschen. Ein knappes Drittel ist zwischen 15 und 29 Jahren alt. (Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis zu 15 Jahren an der Bevölkerung ganz Polens erhöhte sich seit 1950 von 31,7% auf 35,3%.) „Der polnische Zuzug ist kein Querschnitt des Ganzen, sondern ein Bevölkerungsstamm höchster generativer Potenz (20 bis 34 Jahre). Die jungen Ehen, die sich hier ein neues Dasein gründen, geben ihm das Gepräge“ (G. Ipsen in Osteuropa-Handbuch, Polen, Köln-Graz 1959, S. 306).

Für den Altersaufbau der Bevölkerung in den West- und Nordgebieten ergibt sich folgende Tabelle:

Altersklasse	Prozente der Bevölkerung		
	1950	1955	1956
0 bis 14	31,0	34,4	37,8
15 bis 59 *	63,0	59,5	54,6
60 und älter	6,0	6,1	7,6

* arbeitsfähige Bevölkerung

In der Tabelle ist die Lücke zu erkennen, die der Krieg gerissen hat. Dadurch entstand eine angespannte Lage. Der geringen Zahl der arbeitsfähigen Menschen steht ein Anwachsen sowohl der älteren als auch der jüngeren Bevölkerungsteile gegenüber. Das heißt: in den nächsten Jahren muß ein kleiner werdender Teil der Bevölkerung einen größer werdenden ernähren. Zugleich mit dieser Entwicklung ist ein Sinken der Geburtenrate (seit dem Höhepunkt von 31% 1951) zu beobachten. Diese beträgt 1960 nur noch 14,9% (rund 15 Geburten auf 1 000 Einwohner). Aber auch während der Periode sinkender Geburtenzahlen blieb die Gesamtentwicklung positiv. Die Bevölkerung nahm seit 1950 um 18,9% zu. (Diese letzten Angaben

beziehen sich auf ganz Polen.) Aus der breiten Basis der Bevölkerungspyramide ergibt sich aber, daß diese Anspannung sich spätestens lockern wird, wenn die an Zahl starken jungen Jahrgänge das arbeitsfähige Alter erreicht haben und wenige Jahre später heiraten werden. Von diesem Zeitpunkt an, etwa 1968, wird die sinkende Tendenz umschlagen.

In 10 bis 15 Jahren werden die ersten in den West- und Nordgebieten geborenen Kinder der Neusiedler Ehen schließen. Ihre Kinder werden die zweite Generation bilden, die nach der Übernahme des Gebietes durch die Volksrepublik Polen in diesem Gebiet aufwächst. Die Bevölkerungszahl wird weiter steigen, wenn auch nicht in demselben Maße wie bisher. Die zunächst ungemain dynamische Gesamtentwicklung wird sich der Entwicklung im übrigen Polen angleichen. Durch diese fortschreitende Stabilisierung der Verhältnisse wird die Eingliederung dieser Gebiete in den polnischen Staatsverband vollkommen werden. Je beherrschender in Zukunft die Jahrgänge sein werden, die in diesen Gebieten geboren sind, desto mehr wird auch das Gefühl der Existenzunsicherheit schwinden, das — wie behauptet wird — unter den polnischen Neusiedlern wegen des unklaren Status des Gebiets verbreitet ist. So wird bald eine doppelt starke — nicht nur wirtschaftliche — Konsolidierung eintreten.

„Mit der in Potsdam gegebenen Vollmacht zur Vertreibung der Deutschen und der Neubesiedlung mit Polen . . . ist das Land jenseits dieser Linie (Oder-Neiße) tatsächlich polnisch geworden. Es fällt schwer zu glauben, daß sich die Regierungschefs der Westmächte über diese Wirkung ihrer Potsdamer Beschlüsse nicht klar gewesen sein sollten.“

schreibt Thilenius (in dem erwähnten Buch). Es fällt außerdem schwer zu glauben, daß mit dem Hinweis auf die Friedensvertragsklausel etwas anderes gemeint sein soll, als die völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden deutsch-polnischen Grenzen. Der Wunsch nach Revision dagegen könnte bestenfalls mit der Absicht begründet werden, ein durch diese Grenze (an den Deutschen) begangenes Unrecht wiedergutzumachen. Es kann jedoch nicht oft genug wiederholt werden: Dies darf nicht durch neues Unrecht geschehen. Ist aber nicht schon der leiseste Gedanke, der nur von ferne die Möglichkeit neuer Ausiedlung (von Polen) streift, ein Unrecht an denen, die ausgesiedelt werden müssen? Ist aber das alte, selber durch Unrecht provozierte Unrecht ein solches, das nur durch neues Unrecht „wiedergutmacht“ werden könnte, dann sollte man besser überhaupt nicht mehr von Unrecht

sprechen, auch nicht von „rein menschlichem Unrecht“ an den Heimatvertriebenen. Das ist nur die lügnerische Aufschrift auf der Büchse, aus der das Gift des „nationalen Unrechts“ gestreut wird. Bezeichnenderweise vergiftet man beim Reden vom „Unrecht an den Heimatvertriebenen“ alle Schandtaten, die während der Besetzung durch Militär, Polizei und SS an Polen begangen wurden und die durch den Übergang der ehemaligen deutschen Ostgebiete unter polnische Hoheit noch lange nicht wiedergutmacht sind. Also sollte in Zukunft von „Zusammenarbeit“ gesprochen und danach gehandelt werden. Denn wer könnte leugnen, wenn er ehrlich Unrecht vermeiden will, daß ihm dieses Wort „Zusammenarbeit“ alle humanen Möglichkeiten eröffnet? Damit ist die Richtung gekennzeichnet, in die unsere gedanklichen Anstrengungen gehen müssen. Diese werden dem Strom der Wirklichkeit ein Bett graben müssen, um den Augiasstall der (Hallstein-)Doktrinen auszumisten.

Die verwendeten Zahlen und Angaben wurden von polnischer Seite genannt. Sie wurden, soweit möglich, mit den Angaben verglichen, die Prof. Ipsen in seiner Arbeit „Die polnische Volkskraft und der Bevölkerungswechsel in Ostdeutschland“ — Osteuropahandbuch, Band Polen, Köln-Graz 1959, S. 268 ff — macht.

Die Daten gehen zurück auf Volkszählungen vom 14. II. 1946 und vom 31. XII. 1950 (nachdem die Verhältnisse durch die Neufestsetzung der Woiwodschaftsgrenzen besser geordnet waren), auf eine Erhebung im Jahr 1955, sowie auf statistische Fortschreibung und laufende Beobachtungen des Statistischen Zentralamts. Die Zahlen finden sich in folgenden Arbeiten innerhalb der Serie „Studien und Abhandlungen“ der Journalistischen Arbeitsgemeinschaft West (Zachodnia Agenzja Prasowa):

Heft I: Fakten und Probleme — Die administrative Gliederung der West- und Nordgebiete — Die Bevölkerung der Westgebiete;

Heft IV: Demographische Probleme I. Teil, Warschau 1960: Edmund Meçlewski, Einige demographische Probleme der polnischen West- und Nordgebiete — Demographische Probleme II. Teil, Warschau 1960: Jerzy Holzer, Altersaufbau und Bevölkerungsbewegung, und Tadeusz Stpiczynsk, Herkunft und Wachstum der Bevölkerung in West- und Nordpolen.

Angaben aus dem Jahr 1960 stammen, soweit sie nicht Vorausschätzungen sind, aus den ersten Ergebnissen der Volkszählung vom 6. XII. 1960, die im Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland vom 15. III. 1961 mitgeteilt wurden.

Das heiße Eisen des Herrn Lemmer

„Irgendwie“ muß es wohl mit der Eigenart unserer Gesellschaft zusammenhängen, daß kluge, aufgeschlossene Staatsmänner während der Dauer eines verantwortungsvollen öffentlichen Amtes ihre politische Vernunft weitgehend aufgeben. Churchill beschwor erst *nach* seinem Rücktritt die Koexistenz; Mac Arthur, der 1950 in Korea Atomwaffen einsetzen wollte, erklärte erst *nach* seiner Pensionierung den Atomkrieg für Irrsinn; Ex-Nato-General Montgomery reist erst *nach* seinem Abschied zu Verständigungszwecken nach Moskau und Peking. Wir sind gespannt, ob auch der derzeitige bundesrepublikanische Minister für Gesamtdeutsche Fragen, wenn er in absehbarer Zeit nicht mehr der bedauernswerte Diener einer unheilvollen Teilstaats-Raison sein wird, sich zu Einsichten bekennen wird, die dem, was er heute sagt und tut, widersprechen. Immerhin wissen wir von ihm, daß er in der Zeit vor seinem Amtsantritt noch den Mut zu realistischen Aussagen fand, wie in jenem Sommer, als in Bonn endgültig und bewußt die Weichen für die totale Aufspaltung Deutschlands gestellt wurden.

An einem heißen Julinachmittag im Jahre 1952 versammelten sich in einem kleinen Hörsaal im Dachgeschoß der Philosophischen Fakultät der Freien Universität in Berlin-Dahlem Studenten. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten hatte zu einem politischen Vortrag eingeladen: Ernst Lemmer sprach über die Problematik von westdeutscher Wiederbewaffnung und gesamtdeutscher Wiedervereinigung. Man merkte ihm an, daß er, wie alle Anwesenden, mit dem offensichtlichen Widerspruch zwischen beiden Bestrebungen rang. Er machte es sich nicht mit Phrasen des Kalten Krieges leicht, sondern brachte offen zum Ausdruck, daß ihm bei der Remilitarisierung — es ging damals um die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ — sehr unbehaglich zumute sei. Er stellte fest, daß seiner Ansicht nach die Annahme des EVG-Vertrages durch die Bundestagsmehrheit nur und allein den Sinn haben könne, in der Zeitspanne bis zur allgemeinen Ratifizierung des Vertragswerkes durch Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung zu einer

Vereinbarung einer demokratischen Wiedervereinigung zu gelangen; Lemmer faßte den EVG-Vertrag als reines Verhandlungsobjekt auf und nichts weiter. Mit dieser Konzeption entsprach er zweifellos der tatsächlichen Bereitschaft auf der anderen Seite (wie sie in den Stalin-Noten des gleichen Jahres vorgetragen wurde), der Wiedervereinigung unter der Bedingung der zwar nicht unbewaffneten aber bündnisfreien Neutralität Deutschlands zuzustimmen.

Nach diesen Ausführungen sagte Lemmer plötzlich extemporiierend, er wolle nun „ein ganz heißes Eisen“ anrühren; die Presse sei ja nicht zugegen. Lemmer meinte, der eigentliche Preis, den wir für die Wiedervereinigung zu zahlen hätten und der viel schwerer wiegen würde, als die Preisgabe der EVG, um den wir aber, wenn es uns ernst sei, nicht herum kommen würden, das sei der *Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete*. Sicherlich könne, aus Rücksicht auf die Vertriebenen, eine deutsche Regierung diesen Verzicht nicht endgültig und absolut aussprechen, aber es würde dann eben ein Arrangement mit den Alliierten getroffen werden müssen, die ihrerseits die Oder-Neiße-Grenze garantieren würden.

Die Stunde, da solches ausgesprochen wurde, ist lange vorbei; doch sie hat sich dem Chronisten als eine der ganz seltenen Stunden der Wahrheit in der Politik unvergeßlich eingepägt.

Michael Mauke

»Selbstbestimmungsrecht«

„In einer großen Anfrage wünscht die BHE-Fraktion im baden-württembergischen Landtag eine Stellungnahme der Landesregierung zu einer Äußerung des Heidelberger Ordinarius für politische Wissenschaften, Professor Dr. Dolf Sternberger, über die Selbstbestimmung. Sternberger hatte in einem Rundfunkkommentar im November 1960 von der „Mehrdeutigkeit“ dieses Begriffs „in unseren heutigen deutschen Zusammenhängen“ gesprochen. Die BHE-Abgeordneten wollen daraus entnehmen, daß die von allen politischen Parteien in der Bundesrepublik vertretene Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk „durchaus von Übel“ sei. Der Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung erklärte Prof. Sternberger, er habe nicht die Selbstbestimmung an sich, sondern die Anwendung des Begriffs auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie gemeint. Von Selbstbestimmung könne nur dort geredet werden, wo, wie zum Beispiel in der Sowjetzone, die Bevölkerung noch anwesend sei.“

(aus: „Deutsche Zeitung“ vom 25. 1. 61)

Die folgenden Ausführungen entnehmen wir mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers seinem in der Wochenzeitung „Parlament“ erschienenen Aufsatz „Polen in der Geschichte Europas“. Wir halten es für wichtig, die Leser des ARGUMENT mit den Schlußfolgerungen dieser meisterhaften Kurzdarstellung der polnischen Geschichte bekannt zu machen.

Percy Ernst Schramm

Für Verhandlungen mit Polen

Heute stehen wir vor einer neuen Lage, der wir Rechnung zu tragen haben.

Theoretisch wäre es denkbar, daß wir uns mit den Polen an einen Tisch setzten und eine große Aufrechnung begännen. „Ihr habt uns das getan! Wir haben Euch das getan!“ Die Liste würde lang werden, und es fragt sich, ob am Schlusse dann die beiden Partner dahin übereinkommen könnten, zu sagen: Wir sind quitt und beginnen jetzt eine neues, besseres Kapitel in der Geschichte unserer Nachbarschaft.

Daß diese Methode nicht zum Ziele führen würde, versteht sich von selbst. Es genügt, wenn sich beide Völker bewußt sind, nicht nur vom andern verwundet worden zu sein, sondern ihm auch Wunden zugefügt zu haben. Entscheidend dünkt mich heute etwas zu sein, womit man früher nicht rechnen konnte, was wir aber jetzt bei den Polen als ebenso stark wie bei uns voraussetzen dürfen: die Ablehnung nicht nur des Krieges als Mittel, um politische Ziele zu erreichen, sondern auch jeder Aktion, die eine solche Gefahr heraufbeschwören könnte. Wir, die Deutschen und die Polen, haben in zwei Kriegen dessen Schrecken so unmittelbar vor Augen gehabt, daß hier eine Basis zu finden sein muß, auf die wir *beide* treten können. Insofern dürfen wir sagen: *beide* Völker haben aus der Geschichte gelernt und dadurch die Chance erhalten, einen Neubeginn zu wagen.

Obwohl wir noch keine Gelegenheit hatten, durch Diskussionen uns zu überzeugen, darf auch das noch bei den Polen heute genau so wie bei uns vorausgesetzt werden: Hitler glaubte, den Polenfeldzug isoliert durchführen zu können und löste einen Weltkrieg aus. Nachdem der Friede

nach Europa zurückgekehrt ist, haben wir schließlich erlebt, wie leicht durch Kämpfe in Korea oder Indochina alles wieder in Brand geraten kann — bis nach Europa hinein. Dadurch haben die Streitfragen, die früher Deutschland und Polen getrennt haben, eine andere Dimension bekommen: sie sind einerseits kleiner geworden, weil es um Europa, um den Frieden der Welt geht, andererseits noch gefährlicher als früher, weil sich an ihnen ein neuer Weltbrand entzünden könnte.

Damit bin ich an die Schwelle der aktuellen Politik gekommen, an der der Historiker den Politikern das Wort zu überlassen hat. Ich hätte ihnen höchstens noch zwei Ratschläge mitzugeben, die ich aus der Geschichte ableite.

Wenn der Versuch, mit den Polen zu einem Ausgleich zu kommen, so angelegt wird, daß sie den Argwohn bekommen, wir wollen sie gegen die Russen ausspielen — was ja nicht das erste Mal wäre — dann muß ein solcher Versuch scheitern. Nach meiner Meinung müßte vielmehr auf unserer Seite der Satz voranstehen: gute Beziehungen zu einem mit Rußland verfeindeten Polen wären eine solche Belastung unserer sowieso prekären Beziehungen zu der östlichen der beiden Weltmächte, daß es besser wäre, wir bekämen keinen Kontakt mit Polen.

Das wäre der eine Ratschlag; den andern stütze ich mit den Erfahrungen ab, die jeder im Leben sammeln kann:

Wenn zwei Menschen sich auseinandergeliebt haben und man versucht, sie wieder zusammenzubringen, dann geht man vernünftigerweise so vor, daß man sie *erst einmal zu einer Aussprache über die Punkte bringt, über die sie sich wahrscheinlichweise verständigen können.* Wenn dann eine Atmosphäre schwindenden Mißtrauens, womöglich wachsenden Zutrauens geschaffen ist, darf man es wagen, nach und nach auch die Punkte zur Erörterung zu stellen, von denen man weiß, daß die Kontrahenten sie verschieden werten. Vielleicht gelingt eine Verständigung über sie; vielleicht ist das nicht sogleich möglich. Dann kann man ja warten und einen psychologisch besser gewählten Augenblick abpassen. Dazu gehört aber auch, daß man die Gegenseite geduldig anhört und sich überlegt, was man tun kann, um das Mißtrauen auf der Gegenseite noch weiter auszuräumen.

In der Politik geht es — wenn man den Krieg als letztes Mittel ausschaltet — nicht anders zu. Dabei wird im Falle Polens zu beachten sein, daß wir — worüber wir nicht erstaunt zu sein brauchen — mit einem Berg des Mißtrauens zu rechnen haben werden, der mit der Zeit abgetragen werden muß.

Juliusz Mieroszewski

Thesen aus dem Buch

Kehrt Deutschland in den Osten zurück? ¹

Der Verfasser des Buches, bis 1939 Journalist in Polen, im Kriege Mitglied polnischer Kampfseinheiten in Afrika und Italien, lebt seit 1945 in London. Er ist prominenter Mitarbeiter der in Paris erscheinenden polnischen Emigrationszeitschrift KULTURA, sein Buch ist aus Artikeln erwachsen, die in dieser Zeitschrift erschienen sind. Er betont im Vorwort die Tatsache, daß die KULTURA „einen wesentlichen Teil der polnischen öffentlichen Meinung repräsentiert.“ Sie „ist nur der Form nach eine Emigrationszeitschrift; denn sie wird ebenso in Polen wie in sechzig Ländern der Erde gelesen ...“ als Sprachrohr

1 Colloquium-Verlag, Berlin 1961, 112 Seiten. DM 6,80.

nämlich jener 9 Millionen Polen, die im Westen leben. Als derart repräsentativ, nämlich für die Haltung der nichtkommunistischen Polen, muß sein Buch gelesen werden. Es vertritt die These, daß die Bemühungen des deutschen Revisionismus, „die Basis einer gemeinsamen antikommunistischen Front zu finden“, illusionär seien, da gerade der territoriale Revisionismus es ist, was auch die nicht- oder antikommunistischen Teile der Bevölkerung im östlichen Mitteleuropa zur Solidarität mit der Politik ihrer Regierungen zwingt. Aus der Analyse der Machtverhältnisse und der wirklichen Interessen der beiden Weltmächte kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß es außer der Politik des Status quo — die in Wahrheit der Verzicht auf Politik, das Beharren auf einem explosiven Zustand und die Akzeptierung der Teilung Deutschlands bedeutet — nur eine mögliche politische Konzeption gibt: die einer „neutralen Zone“ in Ostmitteleuropa. Die Initiative zu einer solchen Neuordnung könnte, so meint er, von Westdeutschland ausgehen, was allerdings „einen anderen Typ des Revisionismus, . . . die Erarbeitung einer neuen, antitraditionellen Konzeption der deutschen Politik“ voraussetze.

Wir bringen im Folgenden einige der Thesen und Überlegungen des Buches, dessen Lektüre wir empfehlen:

Man sollte annehmen, daß die Deutschen nach einer so beispiellosen Katastrophe der alten Ostpolitik endlich zu der Schlußfolgerung kommen müßten, ihre Ostkonzeption erfordere eine radikale Neuorientierung. Deutschland besitzt bis auf den heutigen Tag nicht einmal theoretisch ein Ersatzprogramm. Es besitzt nur Revisionisten, und das ist alles.

Der Revisionismus geht in zwei Richtungen. Unter Einsatz bedeutender Mittel wird ein Territorialrevisionismus gleichzeitig sowohl auf „Landsmannschaftlich-propagandistischer“ als auch auf wissenschaftlicher Ebene geführt. Der „Göttinger Arbeitskreis“, die Ostakademie und viele andere Institute in Bonn, München, Köln und anderswo produzieren tonnenweise revisionistische Literatur und Dutzende von revisionistischen Periodica.

Aber es gibt auch noch einen anderen Typ des Revisionismus, der auf die Erarbeitung einer neuen, antitraditionellen Konzeption der deutschen Politik hinzielt. Diese Strömung ist noch sehr schwach, aber ihr gehört die Zukunft.

Die Deutschen sollten begreifen, daß die Position Rußlands in Ostmitteleuropa nicht das Ergebnis dunkler Machenschaften in Teheran und Jalta, sondern die Konsequenz einer Machtstellung ist.

Man kann Pläne schmieden, die darauf bauen, daß es eines Tages zum Kriege kommt, den der Westen gewinnt. Wenn wir jedoch in Übereinstimmung mit dem gesunden Menschenverstand annehmen, daß es zu einem Kriege wahrscheinlich nicht kommen wird, dann sollte man nur solche Pläne für eine Umgestaltung erwägen, die man am Verhandlungstisch zu einem positiven Ende führen kann. Alles andere ist unrealistisch. In keiner Hauptstadt der Welt gibt es einen Tisch, an dem man mit Rußland eine Rückkehr zu den Grenzen von 1939 aushandeln könnte. Das käme einer Kapitulation gleich. Niemand kapituliert, wenn er nicht mit Gewalt dazu gezwungen wird. Die Deutschen sollten das am besten wissen.

Für die Deutschen Historiker bedeutet das Jahrtausend der deutschen Mission im slawischen Osten: schmutzige Städte, zu Magdeburger Recht gegründet, berühmte Drucker, Gelehrte, weltliche und geistliche Zivilisatoren. Aber für uns, die gegenwärtig lebende polnische Generation, verbindet sich diese „Mission“ mit den Begriffen „Auschwitz“, „Generalgouvernement“, und „Gestapo“.

Der deutsche Revisionismus in seiner gegenwärtigen Gestalt ist nicht nur ein schlichter Nonsense, sondern ein sehr schädlicher dazu. Die Pläne der Revisionisten ließen sich nur auf dem Wege eines siegreich beendeten Krieges verwirklichen. Wenn Deutschland darauf verzichtet, Gewalt anzuwenden, so verzichtet es damit de facto auf seine territorialen Ansprüche. Indem es jedoch diese Ansprüche theoretisch aufrechterhält, gibt es Tag und Nacht dem in Polen noch nicht erloschenen Haß gegen Deutschland neue Nahrung und liefert den Kommunisten ein unschätzbare Argument in ihrer Propaganda für das Bündnis mit Rußland. Der gegenwärtige deutsche Revisionismus ist auch nicht ganz echt. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich die Deutschen gründlicher geändert haben, als das die Experten aller Ostinstitute zugeben möchten. Der Revisionismus ist eine propagandistische Bewegung mit immer fragwürdiger werdender Deckung im Empfinden der breiten Massen in Westdeutschland.

Es gibt gegenwärtig drei Konzeptionen einer deutschen Politik:

1. Zwei deutsche Staaten — oder Stabilisierung des Status quo;
2. föderativer Zusammenschluß beider Republiken und Neutralisierung;
3. Wiedervereinigung zu den Bedingungen Bonns und volle Verwirklichung des revisionistischen Programms.

Diesen deutschen Konzeptionen entsprechen drei Auffassungen von einer polnischen Politik:

1. Stabilisierung des Status quo;
2. Polen in einem ostmitteleuropäischen neutralen Gürtel;
3. Polen in den Grenzen von 1939 mit Wilna, Lemberg und den wiedergewonnenen Gebieten — als Großmacht und nicht neutralisiert.

Wir müssen es zu unseren Gunsten buchen, daß nicht die Konzeption Nr. 3, sondern die unter Nr. 2 genannte von den Polen in der freien Welt und im Lande selbst unterstützt wird. Die dritte Konzeption hat lediglich propagandistischen Wert und niemand nimmt sie ernst.

. . . Eine Änderung des Status quo in Ostmitteleuropa liegt sowohl im polnischen als auch im deutschen Interesse, allerdings unter der Bedingung, daß Deutschland unter einer Neuordnung die Vereinigung beider Republiken und nicht die Verwirklichung eines revisionistischen Programms versteht.

Wenn wir die Konzeption eines „neutralen Gürtels“ für eine Möglichkeit halten, so nur deswegen, weil wir meinen, eine Neutralisierung ganz Deutschlands würde die Sicherheit der Sowjetunion und der USA de facto erhöhen.

Solange Deutschland geteilt ist, kann von einer Stabilisierung in Europa nicht die Rede sein. Andererseits würde ein wiedervereinigtes und atomar gerüstetes Deutschland eine Bedrohung für die Staaten Osteuropas darstellen. Der einzige Ausweg wäre eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands. Es gibt keine andere Lösung des deutschen Problems, die Wiedervereinigung, Frieden und Sicherheit garantierte.

Ein reales Programm müßte nach meinem Verständnis folgende Punkte umfassen: 1. Aufbau einer Vertrauensbasis bei den Völkern Ostmitteleuropas, besonders bei den Polen, durch offizielles Abrücken von allen revisionistischen Ansprüchen. 2. Abschluß eines Entschädigungsvertrages mit Polen nach dem Muster des Vertrages zwischen Bonn und Israel. 3. Anerkennung der Regierung Ostdeutschlands und Aufnahme von Verhandlungen für eine Konföderation beider deutscher Staaten. 4. Forderung nach einer Neutralisierung und Demokratisierung Deutschlands und der Länder Osteuropas bei gleichzeitiger Evakuierung der amerikanischen Truppen aus Westeuropa und der sowjetischen Truppen aus Osteuropa.

Niemand kann Rußland aus Ostdeutschland und aus Polen mit Gewalt vertreiben. Eine Räumung kann nur auf dem Verhandlungswege durch einen Kompromiß erreicht werden. Westdeutschland ist das einzige Land in

Mitteleuropa, das die potentiellen Möglichkeiten besitzt, auf dieser Linie eine einleitende Initiative aufzunehmen. ... Es könnte ... Mitinitiator eines neuen Systems in Ostmitteleuropa werden und in diesem Rahmen eine bedeutende und positive Rolle spielen.

Der Status quo läßt sich in Europa nicht aufrechterhalten, denn man kann ihn nicht verteidigen. Europa wird mit großer Sicherheit einen neuen Status erhalten. Es ist nur die Frage, ob dieser neue Status mit Rußland ausgehandelt oder von Rußland aufgezwungen ist.

Deutschland kann nicht verteidigt, aber es kann neutralisiert werden. Rußland würde bedeutende Zugeständnisse machen, wenn der neue Status eine Neutralisierung Deutschlands und eine Evakuierung der amerikanischen Truppen aus Deutschland garantierte.

Völlig naiv erscheinen die Warnungen, die in der westlichen Presse verbreitet werden, daß nämlich an dem Tage, an dem sich die amerikanischen Divisionen aus Westdeutschland zurückziehen, sowjetische Truppen vorrücken würden. Ein neutraler Status, durch eine internationale Garantie gedeckt, würde die Europäer wirksamer verteidigen als die Divisionen der NATO.

Die Amerikaner glauben, gleichzeitig zweierlei haben zu können: NATO unter Beteiligung der Deutschen als Angriffskeil und das Wohlwollen und die Loyalität von Millionen von Osteuropäern. Das ist unmöglich.

Die prussische Orientierung in Polen ist die unmittelbare und resignierende Reaktion auf die prodeutsche Einstellung Amerikas.

Jene Politiker, die die Konzeption eines neutralen Streifens ablehnen, weil sie meinen, das werde keine bedeutenden Änderungen in Osteuropa mit sich bringen, begreifen die gegenwärtige Situation nicht. *Die Stärke des osteuropäischen Kommunismus liegt in seiner antideutschen Haltung.* Die Herrschaft des Kommunismus in Osteuropa untergraben, das hieße in der Praxis, der kommunistischen Partei die Rolle eines Organisators der Vormauer gegen Deutschland zu entreißen. Je größere Fortschritte die deutsche Aufrüstung macht, desto solider wird die Plattform, die die Kommunisten für eine Einigung der gesamten Bevölkerung gewinnen.

Von allen bis zur Stunde vorgebrachten Konzeptionen scheint der Plan eines neutralen Streifens die günstigste zu sein. Diese Zone würde Ostdeutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen. Grundvoraussetzung für einen Erfolg dieser Konzeption müßte das Einverständnis der Vereinigten Staaten und Rußlands für eine Herauslösung der interessierten Länder aus den

Militärblocks sein. Westdeutschland müßte aus der NATO austreten und Ostdeutschland, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei aus dem Warschau-Pakt. Das ist von entscheidendem Wert, und in dieser Frage darf es keinen Kompromiß geben. Nur dann nämlich wäre es Rußland nicht mehr möglich, nach dem Muster von Ungarn zu intervenieren, das heißt unter dem Vorwand, seinen Verpflichtungen als Bundesgenosse nachkommen zu müssen.

Zweifellos ist die Konzeption eines neutralen Streifens mit zahlreichen und ernsten Gefahren verbunden. Meiner Ansicht nach ist jedoch das Risiko eines neutralen Streifens geringer als die Summe der Gefahren, die mit der gegenwärtigen Situation zwangsläufig verbunden sind. Die Größe eines Risikos wird durch den Grad seiner Wahrscheinlichkeit bestimmt. Es läßt sich jedoch kaum vorstellen, unter welchen Bedingungen das augenblickliche ostmitteleuropäische System mit der Insel Berlin im Mittelpunkt normal funktionieren könnte. Jeder Schlagbaum in Berlin kann zu einer Krise führen, und jede Krise ist ein Vorzimmer der Katastrophe.

Würde sich Rußland auf die Bildung eines neutralen Streifens in Europa einlassen? Auf diese Frage gibt es heute noch keine Antwort. Eins ist sicher: Rußland wäre zu wesentlichen Zugeständnissen um den Preis einer Entmilitarisierung Deutschlands bereit. Aber solange die Deutschen selbst die große Chance dieser Konzeption nicht sehen, solange sie nicht mit einem Plan und eigener Initiative hervortreten, ist die Frage, ob Rußland sich darauf einigen würde, gegenstandslos; denn in erster Linie muß man Deutschland für diese Konzeption gewinnen.

Den Menschen unserer Generation fällt es unendlich schwer, zu glauben, daß ein neutrales Deutschland viele Dinge tun könnte, die ein aufgerüstetes Deutschland, Mitglied der NATO, niemals fertigbrächte. Ein aufgerüstetes Deutschland zementiert die Solidarität des Ostblocks und verstärkt mit eigenen Händen die Fundamente der slawischen Epoche unter der Führung eines kommunistischen Rußland.

Damit Deutschland seine geschichtliche Chance, die in einer Neutralisierung liegt, erblickte, müßte es seine Mentalität ändern. Es müßte sich der Meinung entschlagen, daß Politik ein Nebenprodukt militärischer Operationen, automatische Funktion der Stärke sei. Ein großer Plan und eine zukunftssträchtige Konzeption wachsen nicht auf dem Boden militärischer Stärke, und wenn sie fehlen, so ist die stärkste Rüstung vergeblich.

Marian Podkowinski

Mit den Augen eines polnischen Korrespondenten

In Westdeutschland bin ich bereits zum dritten Mal. Abgesehen von kleinen Unterbrechungen war ich Zeuge aller wichtigeren Ereignisse und Wandlungen in der Deutschen Bundesrepublik. Ich hatte und habe Kontakte nicht nur zu offiziellen Kreisen, sondern auch, was bei einem Korrespondenten nicht verwunderlich ist, zu den unterschiedlichsten Kreisen der deutschen Bevölkerung.

Besonders interessierte mich die deutsche Jugend, auch die studentische Jugend. Ich wußte alle jene Einladungen und Kontakte, die ich im Laufe der Jahre angebahnt habe, namentlich zu Studenten mit sozialistischen und liberalen Auffassungen, richtig einzuschätzen. Wengleich mir sehr gut bekannt ist, daß viele Akademiker sowohl an Gesprächen mit ihren polnischen Kollegen als auch an einer Normalisierung der Beziehungen zu Polen interessiert sind, übersehe ich dabei nicht, daß ein bedeutender Teil der studierenden Jugend entweder unter dem Einfluß der Kanzlerpolitik steht oder aber — was ebenso gefährlich ist — der Politik ausweicht.

Meine Begegnungen mit der Jugend verschafften mir einen Einblick in die Wandlungen, die sich in Westdeutschland vollziehen. Die Tatsache wiederum, daß man sowohl bei persönlichen Kontakten als auch im Feuer einer Diskussion mitunter auf Verständnis dafür stoßen konnte, daß eine Friedenspolitik für Deutschland unerläßlich ist, kann als eine der positiven Beobachtungen auf dem Postenstand eines polnischen Korrespondenten in Bonn gewertet werden. Wenn ich auch der Meinung bin, daß Bonn und die Deutsche Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht zwei verschiedene Begriffe sind, so kann ich dennoch den Einfluß bestimmter politischer Kreise auf die Jugend keineswegs simplifizieren.

Hier kommen wir zum Kern der Sache — wenn wir eine Normalisierung zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Polen im Auge haben. Unlängst wohnte ich zwei Tagungen von Vertriebenenverbänden bei. In Köln dem Treffen der Sudetendeutschen und in Hannover dem Treffen der Deutschen aus Oberschlesien. Als polnischer Journalist mußte ich mir zahlreiche Reden anhören, deren antipolnische Spitzen von niemand bezweifelt werden können. Ich sah, wie man bemüht ist, der Jugend antipolnische Komplexe einzupflanzen, wie man sie mit Gewalt in den Rahmen der sogenannten Landsmannschaften zu pressen versucht. Die in Westdeutschland geborene, erzogene und ausgebildete Jugend wird vor den Karren einer Politik gespannt, deren Ziel natürlich nicht die Normalisierung der Beziehungen zum polnischen Nachbarn sein kann. Diese Jugend, die, wie ich aus Unterhaltungen weiß, sich in der Bundesrepublik wohl fühlt, erhält mehrmals im Jahr mythische Spritzen verpaßt, die selbstverständlich nicht ohne Wirkung bleiben. *Der Fakt*, daß zu den Schirmherren dieser Veranstaltungen nicht nur sogenannte Berufsvertriebene gehören, sondern auch höchste Würdenträger des Staates, bleibt nicht ohne Einfluß auf das Vorstellungsvermögen der Jugend, das noch nicht voll ausgebildet ist, aber aufnahmefähig genug, um in dieser spezifischen Atmosphäre an die Legende der noch nicht verklungenen Vergangenheit anzuknüpfen.

Als polnischer Korrespondent kann ich selbstredend unmöglich nicht sehen, wie die Studenten des Sozialistischen Deutschen Studentenverbandes oder des Liberalen Studentenverbandes wegen nichts anderem angegriffen werden als dafür, daß sie menschliche Beziehungen zu den Ländern Osteuropas wie auch zu ihren Kommilitonen in der DDR wünschen. Die Tatsache, daß die SPD-Führung einen gesonderten Verband, den SHB, schuf und Herr Dr. Mende mehr oder weniger erfreut war, daß die bayerische LSD-Organisation sich an die Spitze der Fronde gegen die FDP stellte, muß gleichfalls jeden ausländischen Beobachter mit Besorgnis erfüllen, der genau weiß, welcher Anstrengungen und Mühen es in der Bundesrepublik bedarf, um der rückflutenden Welle des Konservatismus standhalten zu können, ganz zu schweigen vom Nationalismus, dessen Spuren bei einem Teil der Jugend bedauerlicherweise garnicht so gering sind.

Alle diese Erscheinungen werden von uns polnischen Journalisten gewissenhaft registriert. Ich entsinne mich noch der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, als nicht nur die Russen und Polen, sondern auch die Briten und

Amerikaner ihre ganze Hoffnung auf die junge Generation setzten, die den Krieg nur durch die Ruinen und Trümmerstätten ihres eigenen Vaterlandes kannte. Was ist von diesen Hoffnungen geblieben? Ich glaube, nicht allzuviel. Ich möchte hier nicht die vielerlei Umfragen anführen, die die mannigfaltigsten Institute zur Erforschung der öffentlichen Meinung unter der Jugend veranstalteten. Ich will auch nicht die an die Adresse der Präzeptoren der lernenden Jugend gerichtete Kritik wiederholen, auch nicht die Tatsache, daß das häusliche Milieu oftmals nicht unwesentlichen Einfluß auf das Weltbild eines jungen Menschen hat. Darüber schrieb die Presse in der Bundesrepublik und im Ausland.

Man schrieb über die Jugend, sie würde die Rolle Hitlers in der Geschichte des deutschen Volkes unter dem Gesichtswinkel des Autostraßenbaus und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit betrachten. Dabei wissen wir sehr wohl, daß die Bundesrepublik ohne Hitler bessere Autostraßen baut (die USA haben Autostraßengiganten gebaut, und zwar zur Zeit des liberalen Roosevelt), und daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit weniger ein Verdienst Hitlers als vielmehr eine Folge der zu Ende gehenden Weltwirtschaftskrise war.

Heute entstehen erneut gewisse Mythen, deren Ziel es ist, bei der Jugend falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten einer Normalisierung der Beziehungen zum Osten zu erhalten. Immer wieder taucht jener antiöstliche Komplex auf, der Generationen von Deutschen seit Bismarck beharrlich eingepflegt wird. Solange es derartige Mythen geben wird, dürfte es schwer fallen, von einer Normalisierung im Sinne einer friedlichen Regelung der Beziehungen in Europa zu sprechen. Den jungen Menschen an den Universitäten aber, in den Fabriken, bei den Falken oder in den liberalen Verbänden, die trotz Gegenwind in ihrem Kampf um bessere Verhältnisse und um Freundschaft nicht nachlassen, gilt meine volle Bewunderung. Ich weiß nämlich sehr gut, aus eigener Anschauung und auf Grund meiner Erfahrungen in der Deutschen Bundesrepublik, daß das nicht einfach ist, nicht ohne persönliche Opfer abgeht. Eines allerdings ist sicher: die Zukunft unserer Beziehungen gehört jenen, die nicht die in der Geschichte Deutschlands ausgetretenen Pfade gen Osten beschreiten. Wenn wir nicht wieder auf Abwege geraten wollen, muß der Weg zur Verständigung von den Händen jener jungen Menschen gebaut werden, über die Manfred Gregor in seiner „Brücke“ so wunderbar schrieb und die wir in B. Wickis Film in Polen so bewunderten.

Die geistigen Strömungen in Polen

mit den Augen eines deutschen Korrespondenten

Die bestimmenden Kreise in der deutschen Außenpolitik stehen der Nach-Oktober-Periode Polens etwas hilflos gegenüber, weil sich dieses Phänomen nicht einfach in das schon etwas verrostete Begriffsschema „Freie kontra kommunistische Welt“ einordnen läßt. Die in unserem Denken eingebürgerten Maßstäbe sind hüben wie drüben der polnischen Oktoberrevolution unangemessen. Die seit beinahe zwei Jahren schon so beliebten Spekulationen, ob der historische Prozeß „gewordenes Ärgernis“ ist, trifft weder für östliche noch westliche Betrachtungen zu. Weder die abendländisch militant-antikommunistischen Ideologen noch die Ideologen des Ostblocks, die dem zusammengebrochenen System des Stalinismus nachtrauern und Polen grollen, weil hier dieser Zusammenbruch offensichtlich geworden ist, können Gomulka als Verräter attackieren. Der atemberaubende Versuch der aktivsten Kräfte des polnischen Oktobers, Kommunismus und Demokratie zu versöhnen und dem jahrzehntelang als Tarnmittel einer brutalen Machtpolitik mißbrauchten Marxismus seinen humanistischen Impuls zurückzuerstatten, hat mittlerweile längst seinen sensationellen und faszinierenden Charakter verloren. Wieder einmal ging eine grandiose revolutionäre Utopie in der schwierigen Problematik der Alltagswirklichkeit unter, vielleicht zugrunde. Sicherlich erinnern sich heute die meisten Wegbereiter der Oktoberrevolution an ihre damaligen Hoffnungen. Die Enttäuschung in Polen liegt auf der Hand.

Neue polnische Wirklichkeit

Dennoch haben wir es hier offensichtlich mit einem Land zu tun, das wohl von einer kommunistischen Partei beherrscht wird, und das doch nicht ohne Freiheit ist. Wenn es morgens um sechs Uhr an der Wohnungstür einer Warschauer Familie klingelt, weiß man, daß es sich dabei um den Milchmann und um niemand anders handelt. Vor Jahren hat man das nicht gewußt. In Polen ist eine neue Wirklichkeit entstanden, die die Bundesrepublik nicht einfach ignorieren kann, sondern zu der sie ein Verhältnis gewinnen muß.

Die deutsch-polnischen Beziehungen, die im Grunde noch gar nicht zustande gekommen sind, befinden sich in einer schweren, vielleicht tödlichen Krise. Es ist zu befürchten, daß unser bisheriges außenpolitisches Verhalten dem verständigungswilligen Polen denkbar schlechte Dienste erwiesen hat, aber eventuell jenen Kreisen der polnischen Führung sehr willkommen ist, die gegen alle Westkontakte ein abgrundtiefes Mißtrauen hegen.

Versucht man, sich mit dem geistigen Leben in Polen zu befassen, stößt man schnell auf eine Reihe von Momenten, die sich vom geistigen Leben etwa in der Bundesrepublik deutlich unterscheiden. Vielleicht liegt der erste Unterschied darin, daß in Polen die Kluft zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten von Kulturgütern ungleich geringer als bei uns ist, und daß dementsprechend dort das ganze geistige Leben viel enger mit dem gesamten öffentlichen Leben verbunden ist. Ein seltsames Paradox: In dem autoritären Polen, wo nicht die geringste Möglichkeit besteht, eine oppositionelle Partei zu gründen, nehmen die Schriftsteller auf die öffentliche Meinung mehr Einfluß als bei uns. Man wird kaum einen einigermaßen gebildeten Polen treffen, dem die bedeutendsten modernen polnischen Lyriker unbekannt sind. Dagegen würde doch sicher der Versuch, in der Bundesrepublik mit Unbekannten in einem Speisewagen über moderne deutsche Lyrik sprechen zu wollen, mit einem Fiasko enden. Das Gegenteil ist in Polen der Fall.

Der polnische Droschkenkutscher und die Lyrik

Dazu ein kleines Beispiel: Auf einem mondbeschiedenen nächtlichen Heimweg auf dem alten Marktplatz in Warschau, kam es mit einigen polnischen Kollegen zu einem Gespräch mit einem Droschkenkutscher, der vor dem Restaurant „Krokodil“ auf Fremde wartete, die in dieser schönen Nacht die doppelt-, drei- oder vierfach so teure Fahrt in der Pferdekutsche der prosaischen Fortbewegung in einem Taxi vorziehen würden. Mein gräßliches Polnisch verriet mich dem Manne sofort als Ausländer. Nachdem er eine Reihe von Fragen über meine politischen Eindrücke und über meine Weltanschauung gestellt hatte, rückte er mit seinem Anliegen heraus: Wenn ich aus der Bundesrepublik käme, hätte ich doch sicher Gelegenheit, dort den jungen Schriftsteller M. Hlasko zu treffen. Er habe Angst, daß dieser nicht nach Hause zurückkommen werde, sowie es mittlerweile den Anschein habe. Er gehöre doch aber zu Polen, und was solle er in der Fremde tun!

Ich war über dieses Gespräch sehr überrascht. Wie mir die polnischen Kollegen stolz erklärten, sei dieser Kutscher, der so gut über die Literatur seines Landes Bescheid wußte, kein untypischer Zufall gewesen. Um das zu beweisen, zog man mich zu einer am alten Marktplatz postierten Polizeistreife, deren Aufgabe darin besteht, nächtliche, von einem merkwürdigen Wander- und Diskutierbetrieb erfaßte Passanten in aller Güte zum Nachhausegehen zu überreden, damit die auf dem mit einer vorzüglichen Akustik versehenen Altmarkt wohnenden Werk tätigen in den ungestörten Genuß ihrer wohlverdienten Nachtruhe kommen können. Meine Kollegen überfielen den ersten der Polizisten, einen jungen, harmlos wirkenden Burschen mit der Frage, ob er wisse, wer M. Hlasko sei. Dieser antwortete ein wenig verwirrt mit der Gegenfrage, ob wir nicht etwas zuviel getrunken hätten. Als wir energisch verneinten, kamen die beiden aufmerksam gewordenen Genossen unseres Polizisten herbeigeeilt und erkundigten sich nach dem Thema unserer Auseinandersetzung. Als sie begriffen hatten, worum es ging, schüttelten sie den Kopf und fragten den jungen Polizisten, ob er wirklich nicht wisse, wer M. Hlasko sei. Der junge Polizist hat sich dann sehr geschämt.

Mischung von Nationalbewußtsein und Kosmopolitismus

Die Erklärung, in Polen werde mehr gelesen als etwa bei uns, weil vor allem in den Großstädten die Kinoplätze nicht ausreichen und viele Familien kein Radiogerät besäßen, reicht nicht aus. Vielleicht ist es eher das überraschend stark entwickelte Nationalbewußtsein, das dazu drängt, sich mit den kulturellen und geistigen Leistungen der eigenen Nation zu befassen, und das von dort aus auch zu Beschäftigungen mit den Leistungen anderer Nationen führt. (In einem winzigen Kreisstädtchen in der äußersten Südostecke Polens, wo es außer der Kirche und der Gastwirtschaft recht wenige Attraktionen gibt, sah ich in einer kleinen Buchhandlung vier Romane von Heinrich Böll, daneben verstaubt und zu stark herabgesetzten Preisen einige Hauptwerke der polnischen Literatur aus der Zeit des sozialistischen Realismus, Produktionsromane, die den Aufbau des Sozialismus in der Periode des vergangenen 6-Jahresplanes schilderten.) Die polnisch geistige Atmosphäre könnte heute vielleicht mit einer Mischung aus Nationalbewußtsein und Kosmopolitismus bezeichnet werden. Man stellt eine ungeheuer starke Konzentration auf die eigene Geschichte und Problematik bei einer verblüf-

fenden Weltoffenheit und Weltkenntnis fest. Das Moment, das wir heute als polnisches Nationalbewußtsein bezeichnen, hat wahrscheinlich im Gegensatz zur Zwischenkriegsperiode kaum noch chauvinistischen Charakter. Ein Beispiel hierfür ist der polnische Film „Eroika“, der sich mit der wichtigsten und teuersten Erinnerung Polens, mit dem Heldentum im Warschauer Aufstand 1944, befaßt, und der mit einer ungeheuren und schonungslosen Kritik den sich heimlich und im Gegensatz zu offiziellen Nachkriegsdarlegungen eingebürgerten Begriff des Heldentums angeht.

Das gleiche Problem findet man in den Volksgeschichten von M. Hlasko, wo durch Haßliebe zum heutigen Polen der Versuch hindurchscheint, sich gerade von dem abzusetzen, was so schrecklich nahe ist. Die Polen leben in der paradoxen Situation, stolz und schmerzlich zugleich ihre Andersartigkeit gegenüber anderen Nationen zu empfinden. Man möchte gerne anders als die anderen sein und hat doch das Bedürfnis, in Ruhe und Frieden und ohne große Problematik so wie die anderen zu sein. Doch eine vorschnelle Beurteilung kann hier zu einem raschen Trugschluß führen. Ein kurzer Besuch in Polen verführte leicht zu der Meinung, daß all die Unzufriedenheit, das Unbehagen über das eigene nationale Schicksal, über die Armut, über die permanente Gefährdung, über die Ohnmacht gegenüber der Politik der Großmächte mit dem Regime Gomulka und der sozialistischen Ordnung zusammenhängt. In Wirklichkeit liegt alles viel tiefer und komplizierter.

Das geistige Leben in Polen hat, wie gesagt, eine viel stärkere Verbindung mit dem Politischen als bei uns. Ich habe den Eindruck, daß die große polnische Literatur des 19. Jahrhunderts, abgesehen von ihrem rein künstlerischen Wert, immer wieder um das Problem des polnischen Schicksals kreist, immer wieder eine Betonung des polnisch Nationalen ist, immer wieder ein Moment in der Auseinandersetzung mit einer Fremdherrschaft darstellt. Die Tradition der Verbundenheit zwischen dem Kulturell-Geistigen und dem National-Politischen erfährt dann natürlich ihre äußerste Zuspitzung in der Zeit von 1939 bis 1945. Hier ruft der totale Kampf gegen das Polentum einen totalen Widerstand hervor, in dem nicht nur die bewaffnete Aktion, sondern auch etwa die heimliche Unterrichtung polnischer Kinder und Jugendlicher, das Untergrundgymnasium, die Untergrunduniversität, das Singen von Liedern, das Hauskonzert mit polnischer Musik, das Verfassen von Gedichten und das heimliche Drucken von Erzählungen wie überhaupt das polnische Wort eine unmittelbare politische Bedeutung gewinnen.

Polnisches Geistesleben hat immer noch politische Bedeutung

Die Politisierung des polnischen Geisteslebens reißt mit dem Jahre 1944 bzw. 1945 nicht ab. Die Frage, welche soziale Ordnung sich die Polen gegeben hätten, wäre die Rote Armee nicht in ihr Land gekommen, ist ein wenig abstrakt. Wir wissen alle mit Sicherheit, daß sich Polen eine andere Ordnung gegeben hätte. Aber die Erkenntnis dieser Tatsache darf nicht übersehen lassen, daß die konkrete politische Bedeutung des gesamten Geisteslebens zunächst in den Jahren nach dem Kriege erhalten blieb, daß die Aufführung eines polnischen Klassikers in irgendeinem zerstörten und improvisierten Theater eine nationale Demonstration und eine Bestätigung einer endlich erfolgten Befreiung gewesen ist. In solch einer Atmosphäre fielen die sozialistischen oder kommunistischen Losungen von dem Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Bevölkerung auf einen fruchtbaren Boden. Es ist falsch zu meinen, die ersten Jahre in der polnischen Nachkriegsgeschichte nur unter der Bezeichnung in den Griff zu bekommen, daß damals die Kommunistische Partei aus taktischen Gründen eine gewisse provisorische Freiheit beließ. In Wirklichkeit erwuchs gerade aus dem Widerstand heraus und trotz aller Auseinandersetzungen zwischen der nationalen und kommunistischen Widerstandsbewegung ein lebendiges und geistiges und praktisches Bedürfnis, eine neue Gesellschaft zu bilden.

Was heute in Polen an verschiedenen geistigen Richtungen offenbar wird, hat nicht im Sinne unseres Sprachgebrauches den Charakter von Strömungen. Das ist ein sehr wichtiges Problem, das man keineswegs einfach mit dem Hinweis auf eine Diktatur, auf eine Unfreiheit zurückführen kann, die etwa die Verschiedenheit von geistigen Strömungen nicht offenbar werden ließe. Ich denke in diesem Zusammenhang an eine Studentenversammlung in der Warschauer Technischen Hochschule nach der Oktoberperiode des Jahres 1956. Es war an jenem Tage, als das entscheidende achte Plenum des Zentralkomitees der vereinigten polnischen Arbeiterpartei, das Gomulka an die Macht brachte, bereits seine Arbeit aufgenommen hatte, ohne daß zu diesem Zeitpunkt klar war, wie es enden würde. Die Versammlung der Studenten dauerte von vier Uhr nachmittags bis zehn Uhr abends. Die Atmosphäre stieg auf den Siedepunkt. Die Meinungen prallten in einer ungeheuren Schärfe aufeinander. Ein Redner forderte das Verbleiben der russischen Truppen in Polen, „damit die Westgrenze Polens gesichert werde“. Nicht abreißende Sprech-

chöre antworteten: „Wir wollen sie nicht haben!“ Das Präsidium der Versammlung legte nach etwa fünfeinhalb Stunden eine Resolution an das Zentralkomitee vor, das gerade tagte. Die Entschließung wurde als zu schwach, als zu wenig ausdrucksvoll von den Tausenden der Versammelten im Saal einfach durch Pfuirufe zur Kenntnis genommen und ausgepiffen. Das Präsidium erwies sich in dieser Situation als hilflos und erklärte, es müsse eine neue Resolution aufgestellt werden. Die Sechs-Stunden-Versammlung wurde in einem Raum abgehalten, der zum Brechen voll war, und in dem eine schreckliche Luft herrschte. Und in diesem Saal kam innerhalb von 20 Minuten eine neue Resolution zustande. Man sang die Nationalhymne und ging ruhig nach Hause. Die jungen Menschen, die dort zusammengekommen waren, vertraten keineswegs eine bestimmte politische Richtung. Sie wollten zwar in diesem Augenblick alle Gomulka an der Macht sehen, aber sie forderten von ihm sehr Verschiedenes. Sie waren junge Radikale, Revolutionäre, Kommunisten. Sie waren einfach Studenten, die nichts von politischem Zwang mehr wissen wollten und irgendeine Liberalität, eine demokratische Freiheit anstrebten. Die anwesenden katholischen Studenten forderten beispielsweise die Freiheit für ihren Kardinal. All das strebte im Grunde, wenn wir von Strömungen sprechen wollen, auseinander, wenn es auch nicht offensichtlich wurde.

Beherrschendste Strömung: Reinigung des Marxismus!

In dem Moment, wo diese Versammlung stattfand, gab es in Polen keine Macht, die in der Lage gewesen wäre, eine Horde von Studenten, die vielleicht vor eine sowjetische Botschaft ziehen wollte, um dort etwa die Fensterscheiben einzuwerfen, hätte aufhalten können. Die innere freiwillige Disziplin und die Einsicht in die reale Situation und die tatsächliche Notwendigkeit hat diese Menschen davor bewahrt, die Strömungen, deren Repräsentanten sie in dem Augenblick waren, zur Entfaltung zu bringen. Es war eine freiwillige Selbstbescheidung und keine auferzwungene Sache. Diese Menschen kamen dazu, allmählich an den Kommunismus zu glauben. Diese Menschen, die auf eine so tatkräftige Weise im Sommer 1956 und dann im polnischen Oktober den Stalinismus haßten, waren durchaus überzeugte Sozialisten und Kommunisten. Sie wollten Polen keineswegs zur Ordnung einer bürgerlichen Demokratie bringen. Ihr Anliegen war vielmehr, die Reinigung des Marxismus und des Sozialismus von den Unmenschlichkeiten und Entstellungen des Stalinismus. Das war,

wenn wir uns an die Presse des polnischen Oktobers erinnern, die beherrschendste und wichtigste Strömung. Um diese Strömung ist es mittlerweile sehr ruhig geworden. Die revolutionären Gruppen, die sehr bald als Revisionisten gezeichnet wurden, konnten im Grunde niemals zeigen, ob sie überhaupt in der Lage sind, nach einer radikalen Entstalinisierung zu einer neuen zeitgemäßen, schöpferischen, weiterführenden marxistischen Theorie zu kommen. Diese Frage kann für die Zukunft Polens noch sehr wichtig werden. Die revisionistische Strömung wurde in Polen aus sehr, sehr naheliegenden Gründen einfach nach dem Oktober brutal abgebremst. Man konnte es sich nach der Oktoberrevolution nicht leisten, große ideologische, geistige Auseinandersetzungen zu führen, um es sich nicht mit der Sowjetunion zu verscherzen, weil man ihre Hilfe brauchte. Denn die Revisionisten galten in der Sowjetunion als die gefährlichsten Totengräber. Diese Richtung war absolut unerwünscht. So ungeheuer sympathisch sie auch von außen scheinen mag, hätte sie nicht sehr viel Neues schaffen können, so daß hier, wenn sie geopfert wurde, keineswegs eine Kapitulation des Gomulka-Regimes vorlag.

Die heutige Situation

Wie steht es in Polen heute mit den anderen geistigen Strömungen? Welche Rolle spielt die Partei? Stellt sie eine geistige Macht dar? Bei einem Versuch, diese Frage zu beantworten, bin ich bei der Lektüre nicht nur von Parteiartikeln, sondern auch nach Reisen in die Polnische Provinz, nach Gesprächen mit Stadt-, Kreis- und Gemeindegemeindefunktionären zu einem merkwürdigen Ergebnis gekommen: In diesem Parteiapparat gibt es eine ungeheure Anzahl von Menschen, die der vergangenen Periode mit einem großen Heimweh gedenken, die auf eine sehr verständliche Weise darüber traurig sind, daß sie heute so ungleich weniger zu sagen haben als noch vor ein paar Jahren. Der Konflikt mit der Kirche spielt auch hier eine große Rolle. Der polnische Parteisekretär muß sich im Grunde als ein Ausgestoßener, als ein Element völlig am Rande der Gesellschaft, als ein nicht ganz gleichberechtigtes Mitglied in einer in diesen kleinen Städtchen eben doch fast katholischen Gesellschaft betrachten. Ich habe mit einer Reihe von Parteisekretären gesprochen, bei denen der ganze ideologische Apparat der vergangenen Jahre noch sehr deutlich erhalten geblieben ist, die ungefähr in denselben Formulierungen und in demselben Tonfall, in dem sie früher die Kollektivierung verlangt haben, nun von der neuen Politik der Partei sprachen, ohne irgendwelche fachlichen,

ihren Tätigkeitsbereich betreffenden Angaben machen zu können. Daneben erklärte eine noch größere Anzahl von Parteisekretären in der Provinz mit einer Handbewegung, daß diese Politik zwischen Kirche und Staat heute in Polen eine sehr unangenehme und störende Sache sei. Ihnen kam es im Grunde ausschließlich auf eine Fortentwicklung des Gebietes an, für das sie zuständig waren. Sie sprachen meist nur über die Funktion der Betriebe und die Steigerung ihrer Produktion. Sie stellten sich als Fachleute dar und hatten mit dem Schema des stalinistischen Parteisekretärs nichts mehr gemein. Alle diese Beobachtungen haben mit den geistigen Strömungen zu tun, auch wenn festgestellt werden muß, daß die Partei als führende polnische Macht heute im Grunde geistig-ideologisch ungeheuer zurückhaltend ist und daß es ihr mehr auf simple, einfache Dinge, nämlich auf gewisse Verbesserungen in der polnischen Situation ankommt.

Theologie in Polen wenig ausgeformt

Um sozusagen die Gegengruppe zu streifen:

Wie steht es mit der geistigen Macht der Kirche? Wie setzen sich dort die geistigen Strömungen zusammen? Auch diese Frage läßt sich sehr schwer in klaren Definitionen beantworten. Die polnische Kirche ist eine ungeheure Macht. Aber der polnische Katholizismus ist in seiner tiefen unmittelbaren Volksfrömmigkeit sehr wenig intellektuell ausgeformt. Wir haben in der heutigen polnischen Theologie keineswegs Entsprechungen für die sich auf diesem Gebiete abzeichnenden Entwicklungen in Frankreich oder Deutschland. Man gewinnt den Eindruck, daß sich der polnische Katholizismus seines Einflusses so sicher ist, daß ihm eine vorangetriebene intellektuelle Arbeit beinahe als überflüssig erscheint. Diese Situation bringt es mit sich, daß man einerseits ein ungeheures Hängen an der Kirche, am Gottesdienst verzeichnet, daß aber andererseits der kirchliche Einfluß auf die junge Intelligenz, die sich heute keineswegs am Marxismus zu orientieren sucht, äußerst gering ist. Es ist eben nicht in entsprechender Schärfe und Ausformung der Versuch vorhanden, geistig eine Theologie und ein Apostolat zu schaffen, das sich mit den Gegebenheiten und Wirklichkeiten der modernen Welt auseinandersetzt. Die Kirche hat es in Polen ja nicht nur einfach mit einer kommunistischen Gesellschaft zu tun, sondern die ungeheure Industrialisierung des Landes bringt für sie, was ihr Apostolat angeht, viele andere Probleme mit sich, mit denen sich etwa die französische Kirche seit einer Reihe von Jahrzehnten auseinandersetzen mußte.

Zukunftsträchtige Bilanz

Die Bilanz der geistigen polnischen Kräfte scheint negativ zu sein. Weder die Partei noch ihre interessanten internen Strömungen, noch die Kirche vermögen heute wesentliche geistige sich fortentwickelnde Kräfte zu bilden. Aber die polnische Jugend hat bei dem Fehlen von fertigen ideologischen Vorbildern bei einer geradezu hektischen, wilden Abneigung gegenüber runden, fertigen, geschlossenen Weltanschauungen gleichzeitig das Bedürfnis nach einer geistigen Orientierung. Sie fragt: Wozu arbeiten wir? Wohin gehen wir? Wohin tendiert unsere Gesellschaft? All diese gesellschaftlich-geistig-politischen Fragen scheinen in einem ungeheuren Maße lebendig zu sein, wenn dafür heute auch kein bestimmtes Schema, kein System vorhanden ist. Auch hier muß man sich natürlich davor hüten, diese immer wieder in der polnischen Jugend festzustellende drängende Frage nach dem Wohin des Ganzen allein auf das Konto des Sozialismus schreiben zu wollen. In Polen scheint ein sehr seltsames und auch fruchtbares Zusammentreffen und Übereinstimmen zwischen den nationalen patriotischen Momenten und neuen Momenten eines sozialistischen Bewußtseins vorzuliegen. Das alles läßt sich heute keineswegs in irgendwelche fertige Benennungen zusammenfassen, aber es scheint zukunftsträchtig zu sein. (Kurzfassung eines Vortrages auf der Tagung „Deutschland und Polen“ der Evangelischen Akademie Loccum.)

Die beiden im Folgenden auszugsweise abgedruckten Artikel erschienen im Herbst 1960 in der Krakauer katholischen Wochenzeitung TYGODNIK POWSZECHNY, einer der interessantesten und anspruchsvollsten Publikationen des heutigen Polen. Neben rein religiösen Fragen befaßt sich die Zeitschrift vor allem mit Analysen der modernen Gesellschaft, mit dem Verhältnis von Kirche und Staat in Polen und mit europäischen Kulturproblemen. — Die Zeitschrift wurde 1953 auf Grund der Weigerung, einen Nachruf auf Stalin zu veröffentlichen, zunächst verboten, dann von der Pax-Gruppe übernommen; seit 1956 wird sie wieder von der ursprünglichen Redaktion, die zum Kreis um Kardinal Wyszyński gehört, herausgegeben. Über die Verfasser: Stefan KISIELEWSKI ist Mitherausgeber der Zeitschrift und bekannter Schriftsteller und Politiker (Mitglied der Znak-Fraktion im Sejm; Tadeusz MYSLIK und Marek SKWARNICKI gehören zur jüngsten Generation polnischer Publizisten; als Redakteure der Zeitschrift betassen sie sich vor allem mit gesellschaftlichen Problemen.

Plus und Minus für den Westen*

Ungefähr zwei Monate bin ich durch Westeuropa gereist . . . meine Blitzreise hat mich zu einigen Beobachtungen und Überlegungen geführt, die vielleicht etwas hypothetisch erscheinen mögen, aber nicht aus den Fingern gesogen sind.

Dem „Wanderer von unserer Seite der Welt“, der eine Reise nach drüben unternimmt, wird vor allem eins sofort auffallen: der weitgehende Zusammenschluß, das Aufeinander-Abgestimmtsein, oder — wie man es dort nennt — die „Integration“ der Länder Westeuropas . . . Die Länder Westeuropas verfügen heute über eine ungeheure materielle Energie; sie sind ein einziger großer, sehr beweglicher, bienenfleißiger und glänzend durchorganisierter Verbraucher- und Herstellermarkt . . .

Konjunktur statt Ideologie

Die Konjunktur in Westeuropa, eine großartige, seltene Konjunktur, dauert an. Sie gleicht in hohem Maße alle sozialen Konflikte und Gegensätze aus. Solche gibt es ohne Zweifel: stark verwischt in Ländern mit stärkerem staatlichem Dirigismus wie in Dänemark, Schweden und sogar in England; drastischer in einem Land mit einer veralteten politisch-gesellschaftlichen Struktur wie Italien (schmerzlicher Gegensatz zwischen dem verarmten Süden und dem verhältnismäßig wohlhabenden Norden). Solange die Konjunktur anhält, kann man die Augen vor allen Konflikten und Problemen verschließen. Aber wenn diese Konjunktur aus irgendeinem Grunde aufhören sollte zu funktionieren? Das ist die klassische Frage, die ein Ankömmling aus

* Die Übersetzung entnehmen wir, mit freundlicher Genehmigung des Verlages, der Zeitschrift DOKUMENTE, Februar 1961.

„unserem Teil der Welt“ früher oder später an die Menschen in Westeuropa richtet. Gewöhnlich erhält er darauf keine Antwort. Mehr noch: manchmal scheint man ihn gar nicht zu verstehen, und der gute Wille des Fragenden wird sogar angezweifelt. Hier stellt man keine solchen Fragen, es sei denn, man ließe es sich gefallen, als „Kommunist“ bezeichnet zu werden (diese Titulierung würde dann zweifellos auch dem „reaktionärsten“ meiner polnischen Leser zuteil). Denn die Menschen Westeuropas — mit Ausnahme der Bewohner der Iberischen Halbinsel und vielleicht noch Südtaliens — sind Menschen einer „neuen, herrlichen Welt“, funktionelle Menschen, die jene Fragen nicht mehr verstehen, welche über die konkrete, materiell-aktuelle Situation hinausgehen — und dem verdächtigen Bereich der „Weltanschauung“ angehören. Sie haben es verlernt, derartige Fragen zu begreifen — und das kaum fünfzehn Jahre nach dem grausamsten aller Kriege, der doch in erster Linie ideologisch bedingt war. Hier liegt der Kern meiner Unruhe, die ich in der Überschrift dieses Berichts andeutete.

. . . Mir scheint das im Westen immer stärker bemerkbare Schwinden eines ideologischen Instinkts, jenes „Keine Zeit mehr haben“ für Weltanschauung und Politik, erschreckend. In historischen Perspektiven betrachtet, könnte es Erfolg und Dauer ihres imponierenden materiellen Wohlstands in Frage stellen . . .

Als ich mir die Frage stellte, wie man den Lebensstil und die Denkweise bezeichnen könnte, die heute im westlichen Europa tonangebend sind, drängte sich mir hartnäckig folgende Definition auf: es herrscht dort ein großartiges, präzise organisiertes, stark am Materiellen verwurzeltes und manchmal sogar von einem gewissen Charme begleitetes — Philistertum. Unter Philistertum verstehe ich hier eine Haltung, die lediglich den konkreten, materiellen Nutzeffekt anerkennt; einen Geisteszustand, der sich nur in den Grenzen faßbarer, eindeutiger und alltäglicher Begriffe bewegt, für den nur Dinge, die man sehen und anfassen, konsumieren oder herstellen kann, ernstlich in Betracht kommen. Der super-positivistische Arbeits- und Verdienstkult birgt nichts „Weltanschauliches“ in sich: es handelt sich vielmehr um einen ungemein naiven „kleinen Realismus“, eng und mit Scheuklappen versehen, der alle Formen eines Nachdenkens ausschließt, das aus der Enge ausbricht und sich aus der konkreten Situation des Heute herauslöst; jenes Nachdenkens, das nicht unmittelbar mit Fragen der Arbeit, des Verdienens, der Produktion, des Lebensstandards, der Organisation und Nutzung des Lebens zusammenhängt.

Philisterhafter Pragmatismus

Das führt, dem nur scheinbar „universellen“ Maßstab zum Trotz, zu einem partikularistischen Egozentrismus, zu einem gerade für den Gast aus Polen unbegreiflichen Egoismus. Bei uns sind wir gewohnt, unbekümmert und uneigennützig umfassende Probleme unseres armen Planeten zu untersuchen — gleichgültig, ob vom Standpunkt der Politik, der Soziologie, der Philosophie oder der Weltanschauung. Diese „Grundsätzlichkeit“ charakterisiert bei uns in gewissem Sinne die Denkweise *aller* sozialen Schichten. Im Westen beschäftigen sich damit wenige, ausgewählte Gruppen, die keineswegs richtungsweisend sind. Das Ganze aber wird von einem allgemeinen philisterhaften Pragmatismus überlagert, und erstickt an der technisierten, durchorganisierten, auf Produktion und Konsum ausgerichteten Mentalität, die alles beherrscht und keinen Raum läßt für andere Erwägungen . . .

Vertauschte Rollen

Sicher werden nun manche meiner Leser meinen, ich zeichnete hier ein einseitiges, schiefes, übertriebenes, vielleicht sogar völlig falsches Bild. Ich halte es jedoch in seinen großen Zügen für wahr — wenn man es „von unten“ betrachtet und vom „Massenprofil“ ausgeht. Die Länder Westeuropas —, das heißt heute vor allem Masse, Massenorganisation der Produktion und des Verbrauchs. Viele Polen, und zwar vor allem polnische Schriftsteller, treffen bei ihren Reisen eine spezifische Auswahl; sie suchen sich das heraus, was ihnen „liegt“, was in der westlichen Kultur mit uns zusammenklingt, und sie unterstellen ein *pars pro toto*; sie ignorieren die ständig wachsenden, andersartigen Quantitätsproportionen, welche die uns wohlbekannten und wohlschmeckenden Rosinen mit einer dicken, unbekanntem, nie gekosteten Teigschicht bedecken. Und so betrachten die einen Westeuropa als die Wiege des Katholizismus und der christlichen Kultur; die anderen suchen nach ihnen nahestehenden weltanschaulichen oder philosophischen Richtungen — vom Marxismus im Kampf stadium bis zum Existentialismus —, je nach Neigung und Bedarf. Wieder andere sehen im Westen ein Mekka der modernen Kunst, ein unbestrittenes Reich der Abstrakten und Atonalen, wo man von früh bis spät Sartre, Beckett oder Ionesco bewundert. Aber alles das sind Trugbilder, die entstehen, wenn man seine eigene Sehnsucht mit der

Wirklichkeit verwechselt. In Wahrheit tauschen wir auf eine paradoxe Weise die Rollen: bei uns, in einem Land mit offiziellen Grundsätzen, wenn es um Masse und Produktion geht, liefert die Intelligenzschicht die bisher einzig gültigen und verbreiteten Kulturmaßstäbe (zuzüglich geringer Spuren eines paraphrasierenden Schaffens auf dem Lande). In Westeuropa hingegen gehen die Inseln des schöpferischen Schaffens der Intelligenz unter in der Masse eines engen, empirischen, in jeder Hinsicht indifferenten Philistertums, das den geistigen Traditionen fremd gegenübersteht . . .

Erstaunlich, wie sehr wir die Rollen vertauscht haben, und das angesichts der paradoxen Verschiedenheit der Losungen: der sogenannten „materialistischen“ auf unserer und der scheinbar „idealistischen“ auf der westlichen Seite Europas.

Ich weiß, daß mir meine ständigen Leser Inkonsequenz vorwerfen könnten. Denn ich trete häufig als Verfechter der technisierten Massenkultur auf; und nun, kaum daß ich ihrer Wirklichkeit begegnet bin, singe ich Klagelieder. Allerdings: vor einer *solchen* Wirklichkeit habe ich Angst. Ich wünsche Polen aus vollem Herzen eine ähnliche Organisation des Lebens, einen ähnlichen Produktions- und Leistungsstandard, wie ich ihn im Westen gesehen habe. Ich wünsche meinem Land sogar eine eigene, echte Welle demokratischen Philistertums. Ich wünsche ihm eine Massenkultur und möchte, daß die so häufig in lächerlicher Pose erstarrten anachronistisch-intellektuellen Künstler von ihrem Sockel herabsteigen. Ich wünschte jedoch, daß dieser Prozeß einen gesunden Verlauf nähme, ohne Zeichen der *décadence*. Das hingegen, was ich im Westen sah, scheint mir ungesund. Beunruhigend ist vor allem der Verlust des Bewußtseins von der Dramatik oder Tragik des Lebens knapp fünfzehn Jahre nach dem dramatischsten aller Kriege. Es ist ungesund, wenn man den politischen Instinkt völlig verliert und sich ängstlich vor einem Leben mit umfassenderen weltanschaulich-politischen Horizonten drückt. Verwunderlich ist der engstirnige Egozentrismus von Politikern (ich selbst habe mit ihnen gesprochen), für die die Grenzen Europas identisch sind mit den Grenzen des „Gemeinsamen Marktes“. Sie zählen uns nicht mehr zu Europa: unbekümmert haben sie uns auf der „Verlustseite“ gebucht, und nur wenige Intellektuelle — vielleicht auch noch manche klugen Geistlichen — empfinden die „vertauschten Rollen“. Und fühlen, daß auf unserer Seite vielleicht einiges von dem überdauern wird, was bei ihnen, in der neuen „touristischen Zivilisation“, dem Untergang geweiht ist.

Die neue katholische Intelligenz in Polen

Die Merkmale der neuen katholischen Intelligenz deuten darauf hin, daß ihr Verhältnis zum Vaterland, daß ihr Patriotismus grundverschieden ist von dem Patriotismus der polnischen Vorkriegsintelligenz, die vom Geist eines „militanten“ Katholizismus durchdrungen war. Das Argument, daß ein Nicht-Katholik ein schlechter Pole sei, ist der heutigen katholischen Intelligenz fremd. Die sogenannte „Massenintelligenz“ ist in ihren ideellen Ansichten so differenziert und durch die gesellschaftlichen Verhältnisse im Lande wie auch durch die Entwicklung der technischen Zivilisation soweit demokratisiert, daß die Konstruktion innerer Unterschiede zwischen besseren und schlechteren Patrioten auf Grund religiöser Kriterien einen völligen Anachronismus darstellen würde. Das Verhältnis zum Patriotismus hat also seine religiös-nationalistische und stark messianistische Färbung eingeübt und dafür an Echtheit und Wirklichkeitsnähe gewonnen.

Die soziale und gesellschaftliche Revolution in Polen hat einen ungeheuren Einfluß auf die Mentalität der katholischen Intelligenz ausgeübt, und zwar — was besonders interessant ist — auch auf jene Kreise, die sich dazu auf keinen Fall bekennen wollen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, zwanzig Jahre lang nur „von heute auf morgen“ zu leben. Ganz fremd ist eine solche Einstellung der jüngsten Generation; für sie bildet der 1. September 1939 nur noch ein historisches Datum. Besonders seit sich in der Welt die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz abzeichnet, macht sich — und das nicht nur bei uns — ein starkes Streben nach einer Stabilisierung bemerkbar; nicht in abstrakten, sondern in den realen Verhältnissen und Bedingungen des heutigen Polens. Das Verlangen nach Stabilisierung bildet so etwas wie einen gemeinsamen Nenner für alle Veränderungen, die im Verhältnis zum Leben allgemein und zum religiösen Leben im besonderen innerhalb des katholischen Teils unserer Gesellschaft eingetreten sind. Es wäre falsch, anzunehmen, daß das Streben nach Stabilisierung im Falle Polens eine Rückkehr zu sogenannten bürgerlichen Idealen darstellt. Das wäre eine ungerechte Vereinfachung der Lage. Der Wunsch nach sogenanntem „Komfort“, nach einem Auto, einer eigenen Wohnung hat nichts gemein mit jener Ideologie und ist in den meisten Fällen nicht identisch mit dem Streben nach Gewinn ohne Arbeitsleistung, nach Rück-

kehr zu einem „bürgerlichen Lebensstil“. Die neue Tendenz schließt eine heroische Haltung nicht aus. Aber der Preis des Verzichts, den der Mensch zu zahlen bereit ist, wird viel nüchterner eingeschätzt als früher.

Neben der Sehnsucht nach Stabilisierung meldet sich auch der Wunsch nach einer Teilnahme an positiven, konstruktiven Lösungen gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Art.

Mit Ausnahme einer schwindenden Kategorie unversöhnlicher innerer Emigranten nehmen alle — die einen mehr, die anderen weniger — Anteil an den täglichen Problemen Volkspolens. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die einen mitmachen, weil Polen ein von einer Partei marxistischen Typs regiertes Land ist, die anderen, *obwohl* dies so ist. Verweilen wir einen Augenblick bei den Fragen, die sich aus der „Obwohl“-Haltung ergeben. Vor allem ist sie weder in historischer noch in milieubedingter Sicht eindeutig. Sie bedeutete etwas anderes vor zehn oder sechs Jahren, und heute bedeutet sie wiederum etwas anderes. Vor zehn Jahren wurde noch in verschiedenen Kreisen über die Bodenreform oder die Verstaatlichung der Landwirtschaft diskutiert — heute sind diese Diskussionen erloschen. Die „Obwohl“-Haltung im Jahre 1960 ergibt sich für den größten Teil der katholischen Intelligenz aus den weltanschaulichen Gegensätzen und den daraus abgeleiteten praktischen Konsequenzen.

Die „Obwohl“-Haltung wird diktiert durch die Andersartigkeit der Weltanschauung derjenigen, die in Polen die auf marxistischen Grundsätzen aufgebaute Diktatur des Proletariats ausüben. Ihrer Weltanschauung gegenüber verhalten wir uns kritisch. Unsere Kritik üben wir eingedenk gewisser gemeinsamer humanistischer Voraussetzungen und im Geiste völliger Toleranz. Wir bemühen uns, Positives zu finden, das heißt: eine innere Koexistenz anzustreben, ohne die ideologischen Gegensätze zu verwischen. Die katholische Religion und der dialektische Materialismus, der Marxismus, schließen einander aus. Das besagt, daß sie nicht in ein und demselben Menschen lebendig sein und eine ständige, nicht konjunkturbedingte, ehrliche Weltanschauung darstellen können. Wir sind jedoch der Meinung — und so sehen die Dinge in der Praxis des Alltags aus —, daß Menschen mit grundverschiedenen Lebensansichten und Überzeugungen sich um gemeinsame Dinge kümmern und mühen sollen. Die „Obwohl“-Haltung ist kein passives, sondern ein aktives Verhältnis zu den nationalen Problemen — vorausgesetzt, daß man keinen freiwilligen Kompromiß mit den Grundsätzen seines religiösen Lebens schließt.

Fünf neue polnische Gedichte

Krzystof Kamil Baczynski

23jährig im Warschauer Aufstand gefallen

Elegie auf einen polnischen Jungen

Sie trennten dich, mein Sohn, von Träumen, die wie Falter
zittern,
Sie malten dir ein Landschaftsbild aus Bränden und Ge-
wittern,
Sie strickten feuchte Augen dir, mein Sohn, die rot ver-
bluten,
Und mit Gehängten säumten sie den Fluß der grünen
Fluten.
Sie prägten dir die Heimat ein, mein Sohn, mit toten
Schritten,
das Eisen deiner Tränen hat sich Wege ausgeschnitten.
Sie zogen dich im Dunkel groß mit Angst, die alle aßen,
und du gingst blind die Schamhafteste aller Menschen-
straßen.
Du gingst hinaus, mein Sohn, die schwarze Waffe in den
Händen,
Erlebtest in dem Schrei der Zeit das Böse sich vollenden.
Und deine Hand bekreuzte noch die Welt, bevor sie sank.
War es die Kugel, war's das Herz, mein Sohn, was da
zersprang?

Jerzy Ficowski Stammbaum

Es knarrt
der buschige Galgen,
Karussell der Toten
unter dem Himmel,
von der Farbe der Flammen gefärbt.
Es krachen die Zweige
unter der Last der Gehängten,
vor Schmerz birst die Rinde.

Der Stammbaum der Freiheit
trägt Früchte des Todes.

In seinem Schatten
verbergen wir uns seit Generationen
mit unserem traurigen Lächeln.

Tadeusz Rozewicz Laßt uns

Vergeßt uns
und unsere generation
lebt wie menschen
vergeßt uns
wir beneideten
pflanzen und steine
beneideten hunde
ich wollte ratte sein
sagte ich damals zu ihr
ich wollte nicht sein
ich wollte einschlafen
und nach dem kriege erwachen
sagte sie mit geschlossenen augen
vergeßt uns
fragt nicht nach unserer jugend
laßt uns

Malgorzata Hillar Gebet

Mutter Gottes mit der Papierkrone
Bewohnerin der kalten Kirche
Königin der silbernen Stille
Schutzheilige unserer Küsse
Du Flucht vor neugierigen Blicken
Du Gönnerin der Worte weich wie Narzissen
Du Zeugin des allerschönsten Schwures
Täglich komme ich zu dir
obwohl ich weiß
du wirst die Sehnsucht nicht lindern
du wirst die Trennung nicht mindern
Was weißt du von Liebe
blau und gipsern
die du sogar deinen Sohn
unwirklich empfangen

**Jerzy Harasymowicz
Schlechte Ausführung des Konzerts**

Jemand lief
über gläserne Treppen
in Halbschuh
aus Eiche —
jemand
fuhr mit dem Lastwagen
über eine Million
leerer Mohnköpfe.

Aus dem Tagebuch eines polnisch-jüdischen Jungen

Mit 14 Jahren fand Dawid Rubinowicz in einer Gaskammer in Treblinka den Tod, wahrscheinlich am 22. oder 23. September 1942. Niemand weiß, wie er aussah. Keiner seiner Verwandten entging der Vernichtung. Das einzige, was vom Leben des kleinen Dawid zeugt, sind fünf abgegriffene Schulhefte, sein Tagebuch. Mit 12 Jahren, am 21. März 1940 begann er diese Aufzeichnungen, die mit einer Eintragung vom 1. Juni 1942 mitten im Satz abbrechen . . .

Ein Nachbar fand die Hefte in der ausgeplünderten Wohnung der Familie Rubinowicz und versteckte sie auf dem Speicher. Viele Jahre später warf man sie beim Aufräumen auf einen Kehrichthaufen. Dort fand sie eine Frau, aus deren Hand der polnische Verlag dieses Dokument erhielt.

1940

21. März. Früh am Morgen ging ich durch das Dorf, in dem wir wohnen. Von weitem sah ich an der Mauer des Ladens eine Bekanntmachung; schnell ging ich hin, sie zu lesen. Die neue Bekanntmachung war, daß Juden gar nicht mehr auf Wagen fahren dürfen (mit Zügen war schon lange verboten).

4. April. Heute stand ich früher auf, weil ich nach Kielce gehen wollte. Nach dem Frühstück verließ ich das Haus. Mir war traurig zumute, so allein die Feldwege zu gehen. Nach vierstündiger Reise kam ich in Kielce an. Als ich beim Onkel eintrat, sah ich, daß alle niedergeschlagen dasitzen, und erfuhr, daß man die Juden aus verschiedenen Straßen aussiedelt, und auch mich überkam Trauer. Abends ging ich auf die Straße, etwas zu erledigen.

5. April. Die ganze Nacht konnte ich nicht schlafen, seltsame Gedanken gingen mir durch den Kopf. Nach dem Frühstück ging ich nach Hause.

9. Juni. Heute waren Übungen des deutschen Militärs. Das ganze Militär hatte sich über die Felder verstreut, sie stellten Maschinengewehre auf und schossen aufeinander.

18. Juni. Die Polizei machte bei uns Haussuchung nach irgendwelchen militärischen Sachen. Die Polizisten fragten mich, wo diese Sachen sind, und ich sagte immerzu, es gibt keine und basta. Also fanden sie nichts und gingen wieder.

5. August. Gestern war der Wächter aus der Gemeinde beim Dorfschulzen vorgefahren, daß alle Juden mit ihren Familien zum Registrieren in die Gemeinde gehen sollen.

Um 7 Uhr früh waren wir bereits in der Gemeinde. Wir waren dort einige Stunden. Denn die Älteren wählten einen Ältestenrat der Juden. Dann gingen wir nach Hause.

12. August. Den ganzen Krieg über lerne ich allein zu Hause. Wenn ich daran denke, wie ich zur Schule ging, dann könnte ich weinen. Aber heute muß ich dasitzen, darf nirgends rausgehen. Und wenn ich bedenke, was für Kriege in der Welt stattfinden, wie viele Menschen täglich durch Kugeln, Gase, Bomben, Epidemien und andere Feinde des Menschen umkommen, dann vergeht mir die Lust zu allem.

1. September. Heute ist der erste Jahrestag des Kriegsausbruchs. Ich überdenke, was wir in dieser kurzen Zeit schon alles erlebten, wieviel Leid wir schon durchgemacht haben. Vor dem Kriege hatte jeder seine Beschäftigung, fast niemand war arbeitslos. Aber in den heutigen Kriegen sind 90 Prozent arbeitslos und nur 10 Prozent, die Beschäftigung haben. Wie wir einen Milchladen hatten, und heute sind wir ganz arbeitslos. Nur gibt es noch ein wenig Vorräte aus der Zeit vor dem Kriege, da zehrt man von ihnen, aber die gehen ja schon zu Ende, da weiß man nicht, was wir machen werden.

13. Dezember. Der Dorfschulze sagte, wir sollen die Wohnung räumen, weil er in die Wohnung kontingentierte Kartoffeln schütten will. Kaum konnte Vati vom Schulzen erbitten, daß die Leute die Kartoffeln dort abladen, wo früher der Milchladen war.

1941

15. September. Früh am Morgen gingen wir zum Gebet nach Górnó, weil heute Feiertag ist. Als wir in Górnó ankamen, sagte man uns, daß die Deutschen im Dorf sind. Bald danach kamen sie herein und sagten, daß die Älteren mit ihnen mitgehen sollen zu irgendwelcher Arbeit. Einige Männer sind hinter den Zaun geflüchtet, einer auf den Dachboden — als sie sahen, daß die Deutschen kommen. Als die Deutschen 'raus waren, sagte eine Frau, daß die Männer sich versteckt haben. Als mein Onkel sah, daß sie gegangen sind, kam er zurück ins Haus. Als er ins Haus trat, da bemerkte ich, daß sie umgekehrt sind, und ich sagte dem Onkel, er soll eine andere Mütze aufsetzen und eine andere Jacke anziehen, dann erkennen sie ihn nicht, weil sie sahen, wie er flüchtete. Als die Deutschen zum zweiten Male reinkamen, haben sie den Onkel nicht erkannt, sie fragten nur, wo die anderen sind, sie suchten sie, sie haben aber niemanden gefunden; dem Vati haben sie nichts gesagt, weil er von allen Arbeiten befreit ist. Als sie niemanden fanden, sagten sie, daß jeder nach Hause gehen soll, weil es hier kein Beten geben wird. Auf

dem Heimweg sagten uns die Leute, daß die Gendamerie in Krajno nach Kontingenten unterwegs ist. Sie nehmen Kühe und Landwirte mit, die nichts an Kontingenten gegeben haben.

1942

8. Januar. Am Nachmittag erfuhr ich, daß es in Bodzentyn unter den Juden wieder zwei Opfer gibt. Der eine war gleich tot, der andere verletzt. Den Verletzten haben sie verhaftet und zur Wache in Bieliny mitgenommen, dort werden sie ihn dann zu Tode schlagen.

11. Januar. Seit dem frühen Morgen herrscht Schneetreiben und starker Frost, er erreichte heute bis 20 Grad Celsius. Als ich so beobachtete, wie der Wind über die Felder fegt, da bemerkte ich, daß der Dorfwächter eine Bekanntmachung anklebt. Sofort ging ich nachsehen, was es Neues auf der Bekanntmachung gibt. Auf der Bekanntmachung stand nichts Neues, der Wächter sagte nur, daß er zum Schulzen Bekanntmachungen hinbrachte, daß alle Juden aus allen Dörfern ausgesiedelt werden sollen. Als ich das zu Hause erzählte, waren alle sehr niedergeschlagen. Jetzt, in einem so strengen Winter, werden sie uns aussiedeln, wo und wohin? Jetzt sind wir an die Reihe gekommen, schwere Qualen zu ertragen. Der Herrgott weiß, wie lange.

12. Januar. Gleich frühmorgens ging ich Schnee schaufeln. Als ich mich aufwärmen ging, kam der Vizedorfschulze und sagte, er hätte beim Dorfschulzen eine Bekanntmachung gelesen, daß die Juden ausgesiedelt werden, und daß sie nichts werden mitnehmen dürfen, außer dem, was sie auf dem Leib haben. Wir waren so verwirrt durch diese Nachricht, daß wir nicht wußten, was mit uns los ist. Als Vati kam, begannen wir einige Bündel mit Sachen zu packen, was nicht sehr benötigt wird, und brachten sie zu Nachbarn, im Falle eine Aussiedlung ohne Frist sein sollte, damit sie wenigstens nicht zu Hause sind. Vati wollte den Schrank und anderen Hausrat verkaufen, aber es fand sich kein Käufer, es gab Käufer, aber sie wollten für die Hälfte des Geldes kaufen. Vati sagte, daß er es dann läßt und für dieses Geld nicht verkauft . . .

8. Mai. Man sagt, daß auch heute eine Razzia durchgeführt wird, weil noch 120 Leute fehlen. Alle Männer haben sich versteckt, auf der Straße ist es sehr still. Als ich auf den Treppenstufen stand, sah ich, daß drei Autos angefahren kommen, und erkannte sofort, daß es dieselben sind wie am Mittwoch. Gleich war Panik ausgebrochen, alle flohen aus den Wohnungen in den Wald, schon begann die Polizei, Menschen einzufangen. Die Tante kam, uns mitzuteilen, daß solche wie ich auch ergriffen werden. Zuerst

war ich schockiert, aber bald begriff ich, daß ich mich verstecken muß. Ich ging zu einer polnischen Nachbarin und blieb dort. Bei jedem kleinsten Geräusch hatte ich schreckliche Angst, daß sie womöglich auch hierherkommen. Die Nachbarin sagte, daß die Polizei in den Wald geht, und als sie dies noch sprach, hörte man mehrmals Schüsse. Ich dachte bei mir, bestimmt ist schon jemand erschossen. Ich hielt mich dort nicht lange auf, und die Autos sind bald wieder abgefahren, nur zwei waren voll, das dritte war leer. Sofort ging ich nach Hause, zu Haus konnte ich ohne weiteres bleiben, niemand ist mehr gekommen. Auf die Straße ging ich den ganzen Tag nicht mehr. Am Abend ging ich zum Gebet, weil ja Freitag ist. Sonst gingen wir mit Vati, egal wie es dort war: traurig oder lustig, jedenfalls waren wir mit Vati. Jetzt aber . . .

1. Juni. Ein Freudentag. Wir erwarteten heute einen Brief von Vati, aber er kam nicht. Es kam eine Karte vom Cousin und Grüße von Vati und mehr nicht. Wir machten ein großes Paket für Vati zurecht, weil die vom Rat morgen nach Skarzysko fahren. Wir packten ein dünnes Jackett ein, Wäsche, Hausschuhe, etwas Kartoffeln, Brot und andere Kleinigkeiten. Ungeduldig wünschte ich mir, daß schon der 3. wäre, damit ein Brief von Vati kommt. Vielleicht hat er irgendwelche Chancen, nach Hause zu kommen. Am Abend ging ich zum Nachbarn, meiner Schwester Sandalen zu machen. Als ich sie machte, hörte ich, daß ein Auto ankommt und Gesang, und ich dachte mir gleich, daß wohl die Juden aus Skarzysko kommen. Sofort lief ich hinaus, und es zeigte sich, daß sie tatsächlich kommen. Von weitem war zu sehen, wie sie mit den Händen winken und mit den Mützen, ich sah, wie auch mein Vater winkt. Ich warf alles hin und rannte dem Auto nach, zusammen mit dem Auto blieb ich stehen. Niemand kann sich unsere Freude vorstellen, der kann sie sich vorstellen, der sie miterlebt. Aber niemand rechnete damit, daß sie heute kommen. Das alles war wie im Film, in fast einer Sekunde haben wir so vieles erlebt. Sofort war eine Menge Leute zusammengekommen, jeder wollte etwas Gutes erfahren. Vati kam mit einer verletzten Hand an, denn deshalb haben sie ihn freigelassen . . . Anfangs erschrak ich, weil ich glaubte, er wäre sehr verletzt. Es fällt mir sehr schwer, alle Erzählungen Vatis zu beschreiben. Ich beginne mit dem Anfang der Erzählungen. Am schlimmsten war die erste Woche, nach der er sich daran gewöhnt hatte, die Arbeit ist nicht so furchtbar, nur die Disziplin ist furchtbar, wer nicht gut singt oder marschiert, der bekommt Schläge. Wecken ist um vier Uhr früh, mit der Arbeit hören sie um fünf Uhr nachmittags auf. 13 Stunden dürfen sie sich nicht

für eine Minute setzen, und wer sich setzt, bekommt furchtbare Hiebe. Das Erzählen nahm kein Ende, wir saßen bis zwei Uhr nachts, darum ist das unmöglich zu beschreiben. Vati sieht nicht schlecht aus, er aß doch, soviel er brauchte. Vor lauter Freude hatte ich vergessen, das Wichtigste aufzuschreiben und das Schrecklichste: Heute morgen waren zwei Jüdinnen ins Dorf gegangen, es waren Mutter und Tochter. Wie zum Unglück fuhren gerade Deutsche aus Budki um Kartoffeln nach Bodzentyn und begegneten diesen beiden Jüdinnen. Als diese die Deutschen sahen, begannen sie fortzulaufen, aber sie holten sie ein und ergriffen sie. Sie wollten sie gleich im Dorf erschießen, aber der Dorfschulze erlaubte es nicht, darum gingen sie neben den Wald und erschossen sie dort. Die jüdische Polizei ist gleich hingefahren, um sie abzuholen und auf dem Friedhof zu bestatten. Als das Fuhrwerk ankam, war es sehr blutverschmiert.

Wer

(Hier brechen die Aufzeichnungen ab.)

Polnische Pfifferlinge

In einem Leserbrief, den „DIE WELT“ kürzlich veröffentlichte, wurde die Forderung erhoben, die auf dem Markt als „polnische Pfifferlinge“ angebotenen Pilze als „Deutsche Pfifferlinge“ zu bezeichnen, da sie möglicherweise aus den ehemals deutschen Ostgebieten stammten.

Dazu einen weiteren Leserbrief aus der „WELT“ vom 28. Juli:

Zu der Leserbriefdebatte darf ich die Vermutung aussprechen, daß es sich vielleicht doch um polnische Pfifferlinge gehandelt haben könnte. Wären es deutsche Pfifferlinge gewesen, hätten sie sich doch wohl nicht von den Polen verladen lassen, sondern als arbeitsbewußte deutsche Pilze selbst die Polen verladen. Außerdem hätten deutsche Pfifferlinge das hinter ihnen liegende Territorium in verbrannte Erde verwandelt, die Eisenbahnschienen unbrauchbar gemacht und wären im Stechschritt heim ins Reich marschiert. Das geschilderte Verhalten der fraglichen Pfifferlinge aber deutet darauf hin, daß es sich nicht um arbeitsbewußte deutsche Pilze handelte. Mit deutschem Pfifferlingsgruß!

Peter Palme, Berlin-Lichtenrade

Deutsch-polnische Bibliographie

Deutschland

- Beck, J.*, Dernier Rapport Politique Polonaise 1926—1939, Editions de la Baconnière, Neuchâtel, 1951
- Broszat, M.*, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1961
- Bronska-Pampuch, W.*, Polen zwischen Hoffnung und Verzweigung, Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln, 1958
- Conze, W.*, Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg, Böhlau Verlag, Köln—Graz, 1958
Dieses Buch des bekannten Heidelberger Historikers ist eine sehr gründliche Analyse der historischen Entwicklung bis zur Machtübernahme Pilsudskis. Neben einer ausführlichen Bibliographie findet sich in diesem Buch der Satz: „... In solcher Lage ist heute das deutsch-polnische Verhältnis erneut zur Aufgabe geworden — zum ersten Mal in der Geschichte der polnischen Frage nicht mehr unter der veralteten, zerstörerischen Alternative: mit Rußland auf Kosten Polens oder mit Hilfe der Polen gegen Rußland.“
- Dedecius, K.*, Lektionen der Stille, Neue polnische Lyrik übertragen von Karl Dedecius, Hanser Verlag, München, 1959
- Documents Diplomatiques 1938—1939* (sogenanntes Französisches Gelbbuch), von der französischen Regierung autorisierte deutsche Übersetzung, Basel, 1948
- Dokumentation: Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-Europa.* Bearbeitet von Theodor Schieder, herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, o. J.
- Geiss, J.*, Der polnische Grenzstreifen. 1914—1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Historische Studien, Heft 378, Matthiesen-Verlag, Lübeck und Hamburg, 1961
Der Historiker Geiss weist in seiner Dissertation nach, daß die deutsche Reichsregierung bereits im Ersten Weltkrieg Pläne vorbereitet hatte, die eine Annektion weiter polnischer Gebiete vorsah. Die dort ansässigen Polen und Juden sollten vertrieben und das Land an deutsche Siedler verteilt werden.
„Die deutschen Annexions- und Umsiedlungspläne in Polen ... sind in ihrer Konsequenz so fatal, daß die meisten deutschen Autoren die Regierung des Kaiserlichen Deutschlands eines solchen Gedankens gar nicht für fähig hielten.“

- The Governements Blue Book: Documents concerning German — Polish Relations and the Outbreak of Hostilities between Great Britain and Germany on September 3, 1939*, Penguin Special, Penguin Books Ltd., Harmondsworth Middlesex England, 1939
- Hofer, W.*, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Fischer-Bücherei, Frankfurt/M. und Hamburg, 1960
- Höss, R.*, Kommandant in Auschwitz, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1958
- Kolakowski, L.*, Der Mensch ohne Alternative, Piper Verlag, München, 1960
Diese Sammlung von Aufsätzen des während des Oktoberumschwungs international bekannt gewordenen jungen polnischen Philosophen sind entscheidend für das Verständnis der Situation des Marxismus in Polen und darüber hinaus
- Lec, St. J.*, Unfrisierte Gedanken, Carl Hanser, München, 1959
- Lerch, K.*, Deutschland jenseits von Oder und Neiße, Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen, 1958
- Maass, J.*, Dokumentation der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg (1945—1959), Verlag für Zeitarchive, Bonn—Wien—Zürich, 1960
- Maass, J.*, Zur Geschichte der Volksrepublik Polen, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Bonn, 26. April 1961
- Miorszewski, Juliusz*, Kehrt Deutschland in den Osten zurück? Colloquium-Verlag, Berlin, 1961
- Ostdeutschland unter fremder Verwaltung 1945—1955*
Sammelwerk, herausgegeben vom „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat“ und vom Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg
Bisher erschienen vier Bände
Alfred Metzner Verlag, Frankfurt/M.—Berlin
- Osteuropa-Handbuch, Band: Polen*
In Zusammenarbeit mit zahlreichen Fachgelehrten, herausgegeben von Werner Markert. Böhlau Verlag, Köln—Graz, 1959
Dieses Handbuch stellt die wohl umfassendste, wenn auch in einzelnen Punkten kritisch zu verwertende Grundlage für eine gründliche Beschäftigung mit Polen dar. Einzelne Abschnitte sind in Zusammenarbeit mit polnischen Gelehrten und wissenschaftlichen Institutionen des heutigen Polen entstanden. Besonders wertvoll ist die 38seitige Bibliographie
- Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie*. Herausgegeben von Gotthold Rhode und Wolfgang Wagner. Stuttgart, 1956
- Republic of Poland, Ministry of Foreign Affairs — Official Documents Concerning Polish-German and Polish-Soviet Relations 1933—1939*, Hutchinsons & Co. Ltd., London, 1939, sogenanntes Polnisches Weißbuch
- Roos, H.*, Polen und Europa, Studien zur polnischen Außenpolitik 1931 bis 1939, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1957
- Rothfels, H.*, Bismarck, der Osten und das Reich, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1960

- Schoenberner, G.*, Der gelbe Stern, Rütten und Loening Verlag, Hamburg, 1960
- Schramm, Percy E.*, Polen in der Geschichte Europas, Das Parlament, 19. November 1958
- Siegler, H.*, Aufriß der Außenpolitik Polens 1918—1945 und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Verlag für Zeitarchive, Bonn—Wien—Zürich, 1960
- Shneiderman, S. L.*, The Warsaw Heresy, Horizon Press, New York, 1959
- Stettinius, E. R.*, Roosevelt and the Russians, New York, 1949
In seinem Buch (S. 181) veröffentlicht der ehemalige US-Außenminister einen Brief Präsident Roosevelts zu den Ergebnissen von Jalta, in dem heißt:
„1. Es wurde vereinbart, daß die Curzon-Linie mit Abweichungen von 5 bis 8 km an einigen Stellen zugunsten Polens die Ostgrenze bleiben soll.
2. Es wurde entschieden, daß die Westgrenze Polens von Stettin (polnisch) nach Süden entlang der Oder und weiter entlang der westlichen Neiße verlaufen soll.“
- Thilenius, R.*, Die Teilung Deutschlands, Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Hamburg, 1957
- Wagner, W.*, Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie, Stuttgart, 1953
- Wiskemann, E.*, Germany's Eastern Neighbours, Oxford, 1955

Zeitschriften

- Deutsch-Polnische Hefte*, herausgeben von Professor Joh. Harder und Paul Wolf in Verbindung mit der Gesellschaft für deutsch-polnischen Kulturaustausch, Kontakt Verlag, Uffing/Obb. Erscheint monatlich, 4. Jahrgang
- Ostprobleme*, Herausgeber: Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. Erscheint 14tägig

Polen

- Achtung! Fälschungen!* Ein Beitrag zu den Methoden des Göttinger Arbeitskreises. Vom Redaktionsgremium der Zachodnia Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur West. Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1959. 232 S.
- Bierut, B.*, O Partji (Über die Partei), Warschau, 1952
- Bierut, B.*, Die Aufgabe der Partei im Kampf um neue Kader auf Grund der allgemeinen Lage, Dietz-Verlag (Internationale Schriften), Berlin, 1951
- Bartoszewski, W.*, Prawda o von dem Bachu (Wahrheit über von dem Bach), Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1961. 104 S.
- Bryan, J.*, Warsaw 1939 Siege. 1959 Warsaw Revisited, Album, Polonia Publishing House, Warsaw
- Cyprian, T., und Sawicki, J.*, Nazi Rule in Poland 1939—1945, Polonia Publishing House, Warsaw, 1961
- Derlatka, Lesniewski und Nurowski*, German Revisionism on the Move, Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1960. 101 S.
- Drozdzyński, A., und Zaborowski, J.*, Oberländer. A Study in German East Policies, Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1960. 324 S.

- Feldman, J.*, Problem polsko-niemiecki w dziejach (Das polnisch-deutsche Problem in der Geschichte), Katowice, 1946
- Feldman, J.*, Bismarck a Polska (Bismarck und Polen). 2. Ausgabe. Warszawa, 1947
- Gomulka, W.*, Przemowienia (Ansprachen, Reden), Warszawa, 1957
- Hensel, W.*, Die Anfänge des polnischen Staates, Polonia-Verlag, Warszawa, 1960
- Kłałkowski, A.*, Podstawy Prawne Granicy Odra-Nisa na tie umow Jaltanskij i Poczdamskiej (Die Rechtsgrundlagen der Oder-Neiße-Grenze durch die Konferenzen von Jalta und Potsdam), Posen, 1947
- Kłałkowski, A.*, Sprawa Traktatu Pokojowego z Niemcami (Die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland), Warszawa, 1953
- Kokot, J.*, The Logic of the Oder-Neisse Frontier. 2nd Ed. Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1959. 289 S.
- Kulczyński, St.*, Udział Wrocławia w odbudowie nauki polskiej (Der Anteil von Wrocław am Wiederaufbau der polnischen Wissenschaft), Wrocław, 1955
- Kurkiewicz, W.*, Odbudowa Państwa Polskiego (Der Aufbau des Polnischen Staates), Warszawa, 1947
- Maszlanka, B.*, Bundeswehra (Deutsche Bundeswehr), M. O. N., Warszawa, 1959. 358 S.
- Nabiel, E.*, O specyfic rozwoju imperializmu niemieckiego (Von der Eigenheit der Entwicklung des deutschen Imperialismus), P. W. N., Warszawa, 1959. 398 S.
- Piawski, K.*, Historia Śląska w zarysie (Abriß der Geschichte Schlesiens), Katowice-Wrocław, 1947
- Piawski, K.*, Dzieje Prus Wschodnich w czasach nowożytnych (Geschichte Ostpreußens in der Neuzeit), Bydgoszcz-Gdansk, 1946
- Podkowinski, M.*, Nowe Niemcy, Warszawa, 1952
- Podkowinski, M.*, Czy zegary w Niemczech ida . . . (Gehen Deutschlands Uhren schneller), Warszawa, 1959
- Polnisher Rundfunk*, Auf den Spuren des Neuen: Mit Mikroskop und Kamera durch die polnischen Westgebiete, Warszawa
- Die polnischen Westgebiete*, Sammelwerk, Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1959
- Rakowski, M.*, Socjaldemokratyczna Partia Niemiec w okresie powojennym 1949—1954 (Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der Nachkriegszeit 1949—1954), P. W. N., Warszawa, 1960. 173 S.
- Sawicki, G.*, From Nuremberg to the New Wehrmacht, Polonia Publishing House, Warsaw, 1957. 460 pp.
- Skubiszewski, K.*, Umowa Poczdamka jako jedyna podstawa prawna ukladu terytorialnego Niemiec (Das Potsdamer Abkommen als einzige Rechtsgrundlage des Gebietsstandes von Deutschland), Przegląd Zachodni, Posen, 1952
- Wieniewicz, J. M.*, The Polish-German Frontier, London, 1945
- Wiewiora, B.*, Polish-German Frontier from the Standpoint of International Law, 2nd Ed. Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1959. 224 S.
- 1939—1945 *Wir haben es nicht vergessen*. Album, dreisprachig. Gekürzte Ausgabe. Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie, Warszawa

Veröffentlichungen der Zachodnia Agencja Prasowa

(Nachrichtenagentur West), Verlag: Wydawnictwo Zachodnie,
Poznan

Reihe: Studien und Abhandlungen

- Heft 1: *Lesniewski, A., u. a.*, Die West- und Nordgebiete Polens. Fakten und Probleme, 1959. 58 S.
- Heft 2: *Englight, W.*, Die West- und Nordgebiete Polens. Landwirtschaftliche Probleme, 1951. 52 S.
- Heft 3: *Strak, W., u. a.*, Die Probleme der Seewirtschaft, 1960. 53 S.
- Heft 4: *Meclewski, E., u. a.*, Die Demographische Probleme 1. Teil, 1960. 107 S.
- Heft 5: *Holzner, J., u. a.*, Die Demographische Probleme, 2. Teil, 1960. 135 S.
- Heft 6: *Staniewicz und Rogozinski*, Irredenta und Provokation. Zur Geschichte der deutschen Minderheit in Polen. 1960. 71 S.
- Heft 7: *Gumkowski, J., u. a.*, Polens Kriegsverluste 1939—1945, 1960. 130 S.
- Heft 8: *Leszczynski, K., u. a.*, Versuchs-Operationen im KZ Ravensbrück, 1960. 64 S.

Reihe: Deutsche Zeugnisse

- Heft 5: *Lemiesz, W., und Dabrowka, W.*, Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Bevölkerung in den ehemaligen Ostprovinzen des Reiches, Wydawnictwo Zachodnie, Poznan-Warszawa, 1961. 71 S. + Dokumente 49 S.
- Heft 6: *Kokot, J., und Sobanski, W.*, Der Mythos vom Volk ohne Raum, Wydawnictwo Zachodnie, Poznan, 1961. 30 S. + Anhang 23 S.

Zeitschriften

- Perspectives polonaises*, Monatszeitschrift, die auch in englischer Sprache erscheint. Herausgegeben von bekannten Persönlichkeiten des polnischen Geisteslebens
Erscheint in Warschau, 4. Jahrgang
Adresse der Redaktion: „Perspectives Polonaises“, Palac Kultury i Nauki, 17e étage, Warszawa
- „*Polen*“, Illustrierte Monatszeitschrift. Erscheint in polnischer, deutscher, englischer, französischer, schwedischer und spanischer Sprache
Chefredakteur: Jerzy Piorkowski
Adresse der Redaktion: Warszawa, Koszykowa 6a, Warszawa 10, Postfach 310
Preis: Deutsche Bundesrepublik —,80 DM. Die Monatschrift „Polen“ kann im Jahresabonnement bezogen werden
Bezugspreis für die Deutsche Bundesrepublik: 10,— DM bei Lieferung frei Haus
Bestellungen und Alleinvertrieb für beide Zeitschriften in der Deutschen Bundesrepublik: Presse-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt/M., Börsenstraße 13—15

Anhang

Erklärung gegen Atomrüstung

Am 10. März 1958 ging von Frankfurt der Aufruf des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ aus:

„Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonen-grenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht.

Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstel-lung deutschen Gebietes für Abschußbasen von Atom-waffen können diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühun-gen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unter-stützen.

Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern.

Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht!“

Dieser Aufruf ist heute aktueller denn je.

Die Bundesregierung in Bonn indessen betrieb und be-treibt weiterhin ihre „Politik der Stärke“. Westdeutsche Militärs und Militärpolitiker warnen — die Generalsdenk-schrift fortsetzend — vor einer „Vernachlässigung der atomaren Rüstung in Westeuropa“. Der Bundeskanzler pocht darauf, daß „Westdeutschland wieder eine Macht ist“, und er will nicht darauf verzichten, es auch zu einer atomaren Macht zu machen. Führende Vertreter der Regierungspolitik leugnen den provisorischen Charakter der Bundesrepublik, die innenpolitischen Vorbereitungen für den „Verteidigungsfall“ werden forciert, „übergesetz-liche“ Notstandsmaßnahmen angekündigt, jedes Eintreten für garantierte militärische Neutralität und Blockfreiheit wird in der Person und in der Sache diffamiert.

Während der Präsident der USA deutsche Vorschläge zur Abrüstung verlangte, hat die Bundesregierung in Bonn — wie schon bisher — nicht einen einzigen Gedan-ken zur Beseitigung der politischen Spannungen in der Welt beigetragen.

In dieser Situation sehen wir uns genötigt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Meinung der Bundesregierung in diesen Fragen nicht mit der Meinung der westdeutschen Bevölkerung gleichzusetzen ist. Im Gegensatz zur Meinung des Bundesverteidigungsministers Strauß, daß mit soldatischen Mitteln „die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergehen“ könne, im Gegensatz auch zu den Spekulationen westdeutscher Militärs von einem „Endsieg nach totalem nuklearen Konflikt“ sind wir gewiß, daß ein nuklearer Krieg von niemandem gewonnen werden kann.

Eine weitere Vermehrung der Atomkräfte würde, davon sind wir überzeugt, einen weiteren Schritt zum Kriege hin bedeuten. Insbesondere in einem politisch so problemgeladenen Raum wie Mitteleuropa bringt die Stationierung atomarer Waffen — gleich in wessen Verfügungsgewalt — nicht Sicherheit, sondern äußerste Gefährdung. Auch jede forcierte konventionelle Rüstung in Mitteleuropa ist verhängnisvoll.

Eine Politik, die im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse internationaler Entspannung liegt, ist die des Disengagement: militärisches Auseinanderrücken der Machtblöcke in Mitteleuropa, Bildung einer atomwaffenfreien Zone, Beschränkung auch der konventionellen Rüstung, Ausscheiden beider deutscher Teilstaaten aus den jeweiligen Militärbündnissen, Sicherheitsgarantie der Großmächte — einschließlich der UdSSR — für diesen militärischen Status.

Der österreichische Staatsvertrag und der militärpolitische Status Österreichs können nützliche Hinweise für ähnliche Lösungen auch in anderen Spannungszonen geben.

Sache der Bundesregierung wäre es, im Interesse des deutschen Volkes nachdrücklich auf eine allgemeine kontrollierte Abrüstung in der Welt zu drängen und selbst einen Beitrag hierzu zu leisten. Die Bundesregierung bleibt jedoch in dieser Sache offensichtlich untätig. Deshalb unterbreiten wir den Bürgern der Bundesrepublik folgenden

Vorschlag für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und einen ersten Schritt zu einer Entspannungspolitik in Mitteleuropa:

Verzicht beider deutscher Teilstaaten auf atomare Waffen; Vereinbarungen beider deutscher Teilstaaten mit ihren jeweiligen Bündnispartnern, die auf deutschem Territorium stationierten Truppen nicht atomar auszurüsten; Rüstungsstop und Begrenzung konventioneller Bewaffnung in beiden deutschen Teilstaaten;

Garantie der 4 Großmächte für diesen militärischen Status deutschen Territoriums.

Eine solche Politik würde Notstandspläne überflüssig machen und die materiellen Kräfte unseres Volkes auf soziale und kulturelle Leistung hinlenken. Eine solche Politik ist überdies der einzig mögliche Weg, um Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen.

Wir rufen die deutsche Öffentlichkeit auf, für diese politischen Vorschläge einzutreten.

Wir treten dafür ein, Initiativen gegen die atomare Aufrüstung zu unterstützen, wie sie zum Beispiel vom zentralen Ausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ für den 6. August und 1. September 1961 vorgesehen sind.

Wir wiederholen:

„Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.“

Bisher erschienen in der Reihe DAS ARGUMENT

- Nr. 8 *M. v. Brentano*, Atomwaffen und christliche Friedenspolitik.
- Nr. 15 *Reimar Lenz*: Der Krieg in Algerien. Mit einem Vorwort von Helmut Grollwitzer. (Vergriffen)
- Nr. 16 Die Überwindung des Antisemitismus. (Vergriffen)
- Nr. 17 Die atomare Situation (I)
Aus dem Inhalt:
Günther Anders: Thesen zum Atomzeitalter · *Peter Furth*: Hiroshima-mon amour — barbarischer Ästhetizismus · *Reimar Lenz*: Anfrage eines strategischen Laien · *Peter v. Feldmann*: Atomrüstung und ihre Gegner in Großbritannien · *Francoise Sagan*: Die Folterung der Djamila Bouhired · *Carlo Schelleman*: Der Künstler hat eine Aufgabe.
- Nr. 18 Die atomare Situation (II) (Februar 1961)
mit Beiträgen von Thomas Metscher (Notizen für eine Ontologie der atomaren Situation), Volker Hauff (Luftschutz im Atomzeitalter), Jean-Paul Sartre (Brief an das Gericht im Jeanson-Prozeß) u. a.
Sonderflugblattreihe des ARGUMENT:
Nr. 1: Solidarität mit dem Manifest der 121
Nr. 2: *Günther Anders*: Offener Brief an Präsident Kennedy. Zum Fall Eatherley.
Themen der nächsten Heft:
Spanien · Südafrika · Angola · Sartres politisches Denken · Sozialismus · etc.

Redaktionelle Anmerkungen

Prof. Dr. F. J. J. Buytendijk ist Direktor des „PSYCHOLOGISCH LABORATORIUM DER RIJKSUNIVERSITEIT“ in Utrecht. In internationalen Gelehrtenkreisen genießt er einen hervorragenden Ruf als Wissenschaftler.

Der „VORWARTS“, die führende Wochenzeitung der SPD, brachte in seiner Ausgabe vom 19. Juli auf der Titelseite die glänzend geschriebene Glosse, die wir unter dem Titel „Globke, Himmler und andere Widerstandskämpfer“ abdrucken. Der Verfasser war im VORWARTS nicht angegeben.

Marian Podkowinski ist Bonner Korrespondent der polnischen Zeitung „TRYBUNA LUDU“.

Ludwig Zimmerer ist Warschauer Korrespondent der „WELT“. Außerdem ist Ludwig Zimmerer bekannt als Übersetzer und Kommentator polnischer literarischer Texte. Die deutsche Version der Kurzgeschichten von Mrozek z. B. stammt von ihm.

Gleichfalls im Carl Hanser Verlag erschien das Bändchen „*Lektion der Stille — neue polnische Lyrik*“ (München 1959. 82 Seiten. 6,80 DM). Wie die „unfrisierten Gedanken“ sind auch diese Gedichte ausgezeichnet von Karl Dedecius ins Deutsche übertragen.

Wir danken dem Verlag für die Erlaubnis, fünf Gedichte aus diesem Band abzudrucken.

Das Gedicht von *Krzysztof Kamil Baczynski* (Deutsch von Karl Dedecius) entnehmen wir dem Heft „*Leuchtende Gräber*“ (1. Beiheft der Mickiewicz-Blätter. Heidelberg 1959).

Aus dem *Tagebuch des Dawid Rubinowicz* brachte die Zeitschrift „*Polen von heute*“ (Nr. 4—6 1960) einen Auszug, aus dem wir längere Abschnitte hier wiedergeben. Die ungekürzte Fassung dieser Tagebuchaufzeichnungen ist 1960 bei S. Fischer erschienen (92 Seiten, 6,80 DM).

Endlich danken wir den Herren Raczkowski und Wojcik vom Presseattachat der Polnischen Militärmission in Westberlin für ihre freundliche Unterstützung bei den Vorarbeiten zu dem vorliegenden Heft.

Zum Anhang:

Die ausgewogene, maßvolle *Erklärung gegen Atomrüstung* scheint uns sehr unterstützenswert. Weitere Unterschriften sind einzusenden an Dr. Arno Klönne, Paderborn, Rathenaustraße 77.